

Die Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes ist in Flensburg

Südergraben 53, 2390 Flensburg

Geschäftsführer: Hans Olland

Sprechzeit: Montag-Freitag 9-12 Uhr

Fernsprecher (04 61) 2 67 08

Bankkonto: Stadtparkasse Flensburg 200 10 20

Postscheckkonto: Hamburg 114 07-206

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Artur Thomsen</i>	
Dreißig Jahre Grenzfriedensbund	49
<i>Erich Hoffmann</i>	
Die Abstimmung 1920 — und wo stehen wir heute?	54
<i>Harboe Kardel</i>	
Der Plebiszitstaat und seine Regierung 1920	71
Gedenken an Dr. Adolf Köster	72
<i>Troels Fink</i>	
Nach sechzig Jahren: Die Teilung Schleswigs 1920	73
<i>Ernst Siegfried Hansen</i>	
Deutsch sein nördlich der Grenze	81
<i>Nis Edwin List Petersen</i>	
Geschichtsschreibung — längst überfällig!	87
<i>Artur Thomsen</i>	
Noch einmal „Slesvigland“	90
<i>Hans Peter Johannsen</i>	
Auf der Suche nach einem Standort	92
Umschau ab Seite 96	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben. Sie sind eine Mitgliederzeitschrift und im freien Handel nicht erhältlich.

Der Bezugspreis entspricht dem Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion: Ernst Beier, Waldstraße 40, 2390 Flensburg

Geschäftsstelle: Südergraben 53, 2390 Flensburg

Druck: Severin Schmidt GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

DREISSIG JAHRE GRENZFRIEDENSBUND

Unsere Organisation, der „Bund für deutsche Friedensarbeit im Grenzland“, den jedermann nur noch unter dem gängigen Namen „Grenzfriedensbund“ kennt, ist 1980 gerade dreißig Jahre alt. Das ist die Hälfte der Zeit, die seit der Abstimmung und Grenzziehung von 1920 verstrichen ist.

Zu den sogenannten Grund- und Leitsätzen unserer Arbeit, die im ersten der „Grenzfriedensbriefe“ — das waren die Vorläufer der Grenzfriedenshefte — veröffentlicht wurden, gehört der Satz:

„Es muß möglich sein, daß zwei so hochgesittete Völker wie Deutsche und Dänen unter Beiseitesetzung aller historischen Belastung die gemeinsamen Angelegenheiten im Begegnungsfelde so ordnen, daß sie ein Vorbild bieten für die Zusammenarbeit europäischer Völker und für die Entwicklung europäischer Kultur.“

Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Das vertritt der Grenzfriedensbund bis heute. Vielleicht würden wir nur nicht mehr von einer „Beiseitesetzung“ der geschichtlichen Belastung reden, sondern von ihrer Aufarbeitung, Bewältigung, Überwindung. Aber das Ziel, die Absicht ist dennoch wie damals, „die gemeinsamen Angelegenheiten im Begegnungsfelde zu ordnen“. „Begegnungsfeld“ ist ein Wort, mit dem der Raum gemeint sein muß, in dem Deutsche und Dänen nebeneinander wohnen, Schleswig also, das alte Herzogtum zwischen Königsau und Eider. Dieses Begegnungsfeld gehört seit 1920 mit seinem nördlichen Teil zu Dänemark; der südliche Teil ist bei Deutschland verblieben. Und was sich auch alles über die Abstimmung und die Entscheidung über den Grenzverlauf sagen läßt, die Grenze selbst hat sich eigentlich bewährt; denn sie hat — wenn auch anfangs umstrittene — Fakten geschaffen, die stärker waren als alle Wünsche, sie noch einmal nach Norden oder Süden zu verlegen. Zu denen, die bereit waren, sich mit der neuen Grenze nicht nur abzufinden, sondern sie auch anzuerkennen, gehörten übrigens schon in den ersten zwanziger

Jahren die sozialdemokratischen Parteien beider Länder. Diese Gedanken fanden in dem Stauning-Wels-Abkommen von 1923 ihren Niederschlag; und ich meine, daß der Grenzfriedensbund dieses heute mit einiger Genugtuung feststellen darf. Die Grenze hielt über die Belastungen der Nazi-Zeit, des Krieges und der deutschen Besetzung Dänemarks. Sie hielt auch in den Jahren der massiven Verstärkung des Dänentums südlich der Grenze. Jetzt war es der dänische Staatsminister Buhl, der bereits am 9. Mai 1945 — man beachte das Datum — im Namen seiner Regierung erklärte, „daß die Grenze Dänemarks festliegt“. Von dieser Festlegung der offiziellen dänischen Politik führt ein gerader Weg zur „Kieler Erklärung“ der sozialdemokratischen Landesregierung von 1949: „Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur ist frei. Es darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.“ Die Endgültigkeit des Grenzverlaufs und die Garantie einer freien Entscheidung für das deutsche oder dänische Volkstum gehören nämlich zusammen.

*

Auf der Grundlage dieser tragfähigen Gedanken entstand 1950 der Grenzfriedensbund. Er wollte die Kreise der Bevölkerung unseres Landesteils in ihrem Deutschsein stärken, die von anderen Grenzverbänden nicht recht erreicht wurden und der attraktiven dänischen Werbung jener Jahre besonders stark ausgesetzt waren. Das Recht, in unserem Land dänisch zu sein, haben wir dabei immer anerkannt und respektiert. So fühlen wir uns auch von den „Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955“ bestätigt und bestärkt. Und ich bin auch heute bereit, mich für jeden einzusetzen, der in der Wahrnehmung dieses Rechts, hier dänisch zu sein, beeinträchtigt wird. Ich sehe allerdings nicht, wo das in ernstzunehmender Weise geschieht.

Gleichzeitig bekämpfe ich jeden, dessen politische Aktivitäten oder Äußerungen darauf gerichtet sind, das Land südlich der Grenze irgendwann einmal doch noch dem Königreich Dänemark anzugliedern. Dazu fühle ich mich auch im Namen des Grenzfriedensbundes verpflichtet, der ja ein deutscher Grenzverband ist. So eindeutig, wie wir Nordschleswig nicht wieder dem deutschen Staat angliedern wollen, so unmißverständlich sollten Dänen darauf verzichten, Südschleswig dänisch machen zu wollen. Das, und nur das, ist die Basis für Verständigung, Frieden und gute Nachbarschaft an dieser Grenze.

Und damit ist das zweite Grundanliegen unserer Organisation genannt: Wir wollen mit den dänischen Nachbarn hier und nördlich der Grenze in Eintracht leben. Wir wollen mit Respekt voreinander und mit Verständnis füreinander in diesem Begegnungsraum leben.

Niemand kann mich in die Ecke des Grenzkämpfers drängen, weil ich mich mit aller Entschiedenheit gegen diese Postwurfsendung „Slesvigland“ ausgesprochen habe. Aber Tendenzen, wie sie von dieser Zeitschrift vertreten werden, bekämpfe

ich — nicht, weil sie dänisch sind, sondern weil sie die Grundlagen des Friedens an der Grenze zerstören. Diese Grundlagen sind:

1. Die Grenze liegt fest.

2. Das nationale Bekenntnis ist frei, und zwar nördlich und südlich der Grenze. In diesem Sinne hat der Grenzfriedensbund dreißig Jahre gewirkt. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen, solange sie geleistet werden muß. Und nicht Auseinandersetzung, schon gar nicht Streit, erst recht nicht Kampf ist unser Ziel, sondern Verständigung, Partnerschaft, Nachbarschaft.

*

Die Grenze in unserem Lande trennt zwei Staaten; das genügt. Sie braucht nicht auch die beiden Völker, die hier leben, zu trennen. Grenzen sollten überhaupt, wo wir doch in unserer weltpolitischen Situation geradezu unter dem Zwang europäischer Zusammenarbeit stehen, ihren trennenden Charakter verlieren und die Begegnung der Völker nicht behindern, sondern fördern.

Das, meine ich, wäre auch eine großartige Aufgabe für beide Minderheiten, nämlich den Menschen in ihrem Herbergsstaat zu zeigen, wie es auf der anderen Seite der Grenze zugeht, wie man dort denkt und lebt und wonach man sich orientiert. Die Angehörigen der Minderheit als Botschafter des Volkes, dem sie sich zugehörig fühlen! Unter dieser Prämisse wäre es gar nicht schwer, voneinander zu lernen, aufeinander zuzugehen, miteinander zu leben! —

ARTUR THOMSEN

Begrüßungsworte anlässlich der Mitgliederversammlung 1980 des Grenzfriedensbundes.

EINEN GUTEN SCHRITT NACH VORN GETAN ...

Wenn ein Verband im Rückblick auf ein hinter ihm liegendes Arbeitsjahr die Feststellung treffen kann, er habe „einen guten Schritt nach vorn getan“, dann hat er allen Grund, zufrieden zu sein und mit gutem Optimismus die Arbeit fortzusetzen.

Die positive Linie geht aus allen Abschnitten des Jahresberichtes 1979 des Grenzfriedensbundes hervor. Dazu möchte ich Sie im Namen der schleswig-holsteinischen Landesregierung beglückwünschen. Doch neben dem Glückwunsch ist auch ein offizieller Dank angebracht, ein Dank an den aktiven Vorsitzenden, an den Vorstand und an alle Mitglieder. In diesem Sinne überbringe ich Ihnen die Grüße der schleswig-holsteinischen Landesregierung, insbesondere von Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg. Ich kann Ihnen versichern, daß die Landesregierung das Wirken der Grenzverbände mit ganz besonderem Interesse verfolgt. Darüber hinaus darf ich Ihnen versprechen, daß die Aufgabenstellung und die Wahrnehmung dieser Grenzlandarbeit auf vielfältigen Gebieten auch künftig

der Förderung durch die Landesregierung sicher sein kann — eben weil diese Arbeit auch heute noch — vielleicht wieder verstärkt — wichtig, bedeutungsvoll und erforderlich ist. Wichtige Positionen nehmen für uns die deutschen Grenzverbände ein, die — jeder für sich mit besonders gerichteter Aufgabenstellung — dennoch ein gemeinsames Ziel verfolgen.

Ich weiß mich mit den von Ihrem Vorsitzenden in seiner Begrüßung geäußerten grundsätzlichen Vorstellungen und Positionen in voller Übereinstimmung.

Anlässlich des 25. Jahrestages der Bonn-Kopenhagener Erklärungen, der am 29. März in Kiel festlich begangen wurde, sagte unser Ministerpräsident: „Wenn wir an die großen, oft tragischen Konflikte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zurückdenken, dann erfüllt uns ein Gefühl der Dankbarkeit für alles, was in jetzt fünfundzwanzig Jahren im deutsch-dänischen Grenzland und im Verhältnis beider Länder untereinander erreicht wurde. Bewahren wir es gemeinsam als ein kostbares Gut, als Maßstab und Verpflichtung für die Zukunft.“ Seien wir uns dieser Verpflichtung gerade hier im schleswigschen Grenzland immer bewußt und lassen wir unsere weitere Arbeit von dieser Verpflichtung leiten!

*Thies-Uwe v. Leezen in seinem Grußwort der Landesregierung
anlässlich der Mitgliederversammlung 1980 des Grenzfriedensbundes.*

Die Mitgliederversammlung 1980 des Grenzfriedensbundes

Der Grenzfriedensbund nahm die Mitgliederversammlung 1980 zum Anlaß, an die Zeit der Volksabstimmung in Schleswig 1920, also vor jetzt sechzig Jahren, zu erinnern. Es war sehr aufschlußreich und zeugte für die Schnellebigkeit unserer Zeit, daß in einem der Grußworte zur Mitgliederversammlung gesagt wurde, diese Zeit sei für ihn nicht mehr lebendig, nicht mehr Gegenwart, sondern Geschichte, ja, es gelte dies schon für die Zeit vor dreißig Jahren, als der Grenzfriedensbund gegründet wurde. Dabei hat erstaunlicherweise noch keine Mitgliederversammlung ein so starkes Interesse mit einer so großen Teilnehmerzahl gefunden wie gerade diese. Dazu mag insbesondere beigetragen haben, daß für die Darstellung des historischen Hintergrundes des Abstimmungsgeschehens mit der Teilung Schlesiens zwei bekannte Historiker zu Worte kamen, und zwar Prof. Erich Hoffmann, der Ordinarius für die

Landesgeschichte an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel, und Professor Dr. Troels Fink, der über die Volksabstimmung 1920 ein dreibändiges Werk herausgegeben hat unter dem Titel „Da Sønderjylland blev delt“ (s. Grenzfriedensheft 1/80).

Wir veröffentlichen nachstehend mit freundlicher Genehmigung der Referenten beide Vorträge in ihrem vollen Wortlaut, aus denen uns hervorzugehen scheint, wie weit sich trotz aller Nyanzen die historische Beurteilung der Ereignisse auf deutscher und dänischer Seite einander angenähert haben. Wir glauben, daß der Grenzfriedensbund mit diesen beiden Vorträgen aus Anlaß der Mitgliederversammlung seinem Ziele, zur deutsch-dänischen Verständigung beizutragen, ein Stück nähergekommen ist.

Ernst Beier

Die Abstimmung 1920 — und wo stehen wir heute?

Als ich mich dazu bereit erklärte, dieses Vortragsthema als deutscher und schleswig-holsteiner Historiker zu übernehmen, da wußte ich wohl, als im Grenzlande Schleswig Geborener und Aufgewachsener, welche schwierige Aufgabe ich damit auf mich nahm. Hier hieß es, den Goetheschen Vers zu beherzigen: „Soll dein Kompaß dich richtig leiten, hüte dich vor Magnetstein“, die dich begleiten.“

Der Magnetsteine auf diesem Kurse aber gibt es viele: nationale und politische Vorurteile, aber auch historische Legenden, welche die „See“ des historischen Ablaufes mit dichten Nebeln zu verhüllen drohen.

Aufgabe des Historikers ist es, zu versuchen, Licht und Klarheit in die schwer zu durchdringenden Luftschichten zu bringen, um im Sinne Rankes zu erschließen, wie es denn nun eigentlich um die deutsch-dänische Auseinandersetzung im Grenzland im letzten Jahrhundert bestellt gewesen ist. Das „Eigentliche“ im Geschehen einer Epoche oder im Handeln der in ihr lebenden Menschen wird der Geschichtsschreiber aber nur dann objektiv erschließen können, wenn er sich ernstlich darum bemüht, die Beweggründe ihres politischen Handelns zu verstehen und zu begreifen. Es ist daher nicht seine Aufgabe, von der hohen Warte der eigenen Zeit herab, im Bewußtsein der eigenen Vollkommenheit und Gescheitheit, die Irrtümer und Irrwege der Vorfahren als rückwärts gewandter Prophet mitleidig zu kritisieren und aus der eigenen, anscheinend unangreifbaren Position heraus schulmeisterliche und moralische Zensuren zu verteilen. Wer die Menschen früherer historischer Perioden verstehen und in ihren Taten begreifen will, der muß sich in sie tief hineinversetzen können, ja geradezu versuchen, bei der Deutung ihrer Handlungen einer der ihnen zu werden!

Alles zu verstehen, heißt aber nicht, auch alles zu rechtfertigen und zu verteidigen. Gerade aus der mitleidenden, aber doch auch schonungslos die Wahrheit suchenden Aufdeckung von Irrwegen, fehlhaften Handlungen, ja schuldhaftem Tun auf deutscher wie dänischer Seite während der Auseinandersetzungen in Schleswig während des letzten Jahrhunderts wird es uns Enkeln der damals Lebenden und Handelnden möglich werden, einen geraderen und die Klippen des Streites zwischen zwei verwandten Völkern vermeidenden Kurs zu steuern. Dabei wird es sich auch heute nicht vermeiden lassen, daß der dänische wie der deutsche Historiker die gleiche geschichtliche Tatsache unterschiedlich werten kann; es kommt eben in manchen Fällen darauf an, von welchem Standpunkt aus man das Licht aus seiner Laterne auf einen Gegenstand fallen läßt. Der Gegenstand bleibt zwar derselbe, aber die Verteilung von Licht und Schatten wird je nach dem Standpunkt des Betrachters eine andere sein. Damit werden wir uns

abfinden können, wenn die Bereitschaft auf beiden Seiten dazu vorhanden ist, die Laterne so objektiv wie möglich in die Höhe zu halten. Die Voraussetzung hierfür war aber — was die Schleswigfrage anbetrifft — noch nie seit dem Beginn der nationalen Auseinandersetzungen so sehr gegeben wie in den drei letzten Jahrzehnten; ich darf dabei wohl sagen, dank des Wirkens von Prof. Troels Fink und Prof. Alexander Scharff.

*

Die beiden Volksabstimmungen des Jahres 1920 in Nord- und Mittelschleswig stellen im historischen Entwicklungsprozeß des nationalen Gegensatzes zwischen Dänisch und Deutsch im Lande Schleswig dabei das dar, was man in meiner Jugend noch poetisch als einen „Markstein“, d. h. einen diese Entwicklung besonders hervorhebenden und in gewisser Weise charakteristisch abgrenzenden Fixpunkt zu benennen pflegte. In diesem Jahre 1920 geschah nämlich etwas, was den politischen Kontrahenten des 19. Jahrhunderts zunächst noch undenkbar erschien: eine Teilung der historisch gewordenen und klar umgrenzten Geschichtslandschaft des alten Herzogtums Schleswig.

*

Denn damals, als in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Dänemark wie in Deutschland ein nationales Denken und Fühlen im Sinne der Moderne entstand, als die Deutschen in Südschleswig und Holstein sich deutlich als Schleswig-Holsteiner und damit bald als Deutsche, Dänen in Nordschleswig sich ihrer Verbundenheit mit der dänischen Sprache und Kultur und damit mit dem dänischen Volk bewußt wurden; damals führte auf beiden Seiten die Kulturströmung der Romantik dazu, daß man sich auf die eigene nationale Art besann, aber auch zu einer gewissen Verklärung der eigenen Volksgeschichte geführt wurde. Wenn man nun von einem solchen Blickpunkt aus die Sprach- und Kulturverhältnisse in Schleswig betrachtete, ließ man sich im Urteil nicht so sehr vom tatsächlichen, im Augenblick vorhandenen Zustand in seinem Urteil bestimmen. Wenn dabei in Wahrheit im Norden des Herzogtums der dänische Einfluß, in Süd- und in Mittelschleswig (hier auf dem Lande seit dem Sprachwechsel der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts) aber der deutsche dominierte, so stellte man vielmehr in nationalem Wunschenken den historischen Rechtsanspruch auf das ganze Schleswig heraus.

So standen die Wünsche nach der alten, „nach Natur, Recht und Geschichte“ gewordenen Eidergrenze des künftigen dänischen Nationalstaates hart und unvereinbar gegen den Willen der Schleswig-Holsteiner, die historisch gewachsene Einheit der Lande Schleswig — und zwar des ganzen Herzogtums — und Holstein gegen das Drängen auf eine Loslösung Schlesiws vom Bruderland zu behaupten, ja darüber hinaus den Anschluß an ein neues Deutsches Reich zu suchen. Beide Seiten aber gedachten dabei alle Schleswiger,

gleich welcher Zunge, wenn es sein mußte, auch unter Druck, gleichsam zu ihrem eigenen Besten, ganz für sich zu gewinnen. Die Initiatoren waren auf beiden Fronten zunächst Gelehrte und Intellektuelle, die damit die nationale Erweckung im Grunde von außen her ins Land hineintrugen.

*

Die Revolution von 1848 ließ den seit Jahren angehäuften Zündstoff aufflammen. Am Ende des Krieges, nach der schleswig-holsteinischen Niederlage, mußten dann aber Deutsche wie Dänen erkennen, daß nicht sie, sondern die um das politische Gleichgewicht und die Wahrung ihrer Interessen besorgten europäischen Großmächte das Schicksal Schlesiwijs bestimmten. Das Herzogtum wurde zwar von Holstein gelöst, aber nicht mit Dänemark direkt verbunden. Denn die europäischen Großmächte drängten auf eine Bewahrung der dänischen gesamtstaatlichen Monarchie. Immerhin wuchs der dänische Einfluß in Schleswig bemerkenswert.

Durch eine kleinliche Handhabung von Sprachreskripten suchte man dänischerseits in der Zeit „zwischen den Kriegen“ (1851—1864) die Folgen des seit Beginn des 19. Jahrhunderts ohne staatlichen oder nationalen Druck vollzogenen Sprachwechsels in Mittelschleswig vom Dänischen zum Deutschen rückgängig zu machen. Doch gerade diese gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung vollzogenen Regierungsmaßnahmen führten zur Verfestigung eines deutschen Bewußtseins, etwa in dem umstrittenen Angeln. In Kopenhagen stand man jedoch auch vor der verfassungsjuristisch kaum lösbaeren Aufgabe, eine alle Seiten befriedigende Gesamtstaatsverfassung zu schaffen. So suchte man verstärkt seit Beginn der sechziger Jahre Holstein und Lauenburg nur noch lose festzuhalten, ja, wenn erforderlich, aufzugeben, Schleswig aber in eine engere Verfassungsgemeinschaft zu Dänemark als bisher hineinzuziehen. Dies stand aber in klarem Gegensatz zum Londoner Vertrag von 1852 und zu Zusagen, die man dänischerseits vorher 1851/52 an die deutschen Großmächte Preußen und Österreich gegeben hatte. Damit ermöglichte man es dem leitenden preußischen Staatsmann Bismarck, in den Konflikt um Thronfolge und staatsrechtliche Verhältnisse in den Herzogtümern einzugreifen und auch Österreich mitzuziehen. Der nun folgende Krieg von 1864 endete mit der militärischen Niederlage des den beiden Großmächten machtmäßig weit unterlegenen Dänemark. Dieses mußte im Frieden zu Wien auf die Herzogtümer verzichten und nach der entscheidenden Auseinandersetzung zwischen Preußen und Österreich im Krieg von 1866 fielen die beiden Herzogtümer an Preußen, um welches als Kern sich dann bald das Kleindeutsche Reich herausbildete.

Während des Krieges, bei den Verhandlungen auf der Londoner Konferenz, wäre bei geschickterer Politik der damaligen dänischen Regierung und ihrer Unterhändler bereits eine Teilung Schlesiwijs möglich gewesen. Auch Bismarck

war damals zeitweise dazu bereit, die Bevölkerung, die nördlich einer Linie Flensburg—Tondern in Nordschleswig wohnhaft war, nach ihren Wünschen über eine künftige nationale Zugehörigkeit zu befragen, um aufgrund dieses informatorischen Ergebnisses dann über die Grenzziehung zu verhandeln. Bei einigem Geschick hätten die damaligen dänischen Staatsmänner, zu nennen wären etwa Monrad und Krieger, fast das ganze Nordschleswig für ihr Land behaupten können, wie dies der amerikanische Historiker Steefel mit Recht festgestellt hat. Doch was englische und preußische Teilungsvorschläge ihnen boten, schien ihnen nicht akzeptabel. Sie spielten zu hoch und verloren. Das vernichtende Urteil auch fast aller dänischer Historiker über ihre Verhandlungskünste ist nur zu verständlich. Ähnlich vernichtend fällt dann andererseits aber auch das Urteil heutiger nicht nur dänischer, sondern auch deutscher Geschichtsschreibung über die viereinhalb Jahrzehnte der preußischen Nordschleswigpolitik gegenüber der dänischen Minderheit aus.

*

Hierbei brauchen wir uns wohl nicht lange bei dem Paragraphen 5 des Prager Friedens von 1866 zwischen Preußen und Österreich aufzuhalten, wonach die Bevölkerung der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben würde, mit Dänemark vereinigt zu werden, an dieses von Preußen abgetreten werden sollte.

Bei Abschluß des Zweibundes zwischen Deutschland und Österreich 1879 erklärte sich letzteres jedoch mit der Aufhebung des Artikels 5 einverstanden. Damit entfiel nun die völkerrechtliche Grundlage für eine Aufrollung der Nordschleswigfrage in dänischem Sinne. Die von der politischen Argumentation her mit großem Geschick von dem dänischen nordschleswigschen Politiker H. P. Hanssen erhobene Feststellung, in dieser Aufhebung liege ein Vertragsbruch vor, da man die mitbetroffene dänische Minderheit, die gleichsam Vertragspartner gewesen sei, nicht um ihre Zustimmung oder Ablehnung befragt habe, ist vom völkerrechtlichen Standpunkt her nicht haltbar. Der Prager Frieden war zwischen dem preußischen König und dem österreichischen Kaiser abgeschlossen worden, so lag es auch in deren Belieben, Teile des Vertrages in Übereinstimmung miteinander wieder aufzuheben.

Dieses vom völkerrechtlich-staatsrechtlichen Standpunkt aus festgestellte Urteil sagt natürlich nichts aus über das uns heute selbstverständlich erscheinende Recht einer nationalen Minderheit, die lokal in Grenznähe eine Mehrheit bildet, über ihre nationale Zugehörigkeit selbst bestimmen zu können. Aber dieser Rechtsanspruch war nicht auf den beseitigten Artikel V zu gründen. Hier ist Bismarck, der seine Außenpolitik in den auf Wahrung der Staatsraison gerichteten Kategorien zu führen pflegte, kein Vorwurf zu machen, wenn wir an ihn den Maßstab seiner historischen Periode anlegen; auch in unseren Tagen pflegen im

übrigen außenpolitisch erfolgreiche Großmächte nichts an Machteinfluß zu verschenken. In den Jahren zwischen 1864 und 1867 wäre für Dänemark noch manches bei Verhandlungen, bei denen die dänischen Unterhändler zögerten, zu erreichen gewesen, nach 1871 standen seine Wünsche hartem Wind gegenüber.

*

So richtet sich die historische Kritik gegen das preußisch-deutsche Handeln zwischen 1867 und 1918 heute in erster Linie auf die preußische Sprach- und Optantenpolitik in Nordschleswig. Wenn wir ein bekanntes und recht boshaftes Talleyrand-Wort in Abwandlung auf diese Politik an wenden wollen, so war sie „schlimmer als ein Unrecht, sie war eine Dummheit“. Hier ging es um ein hartes Vorgehen gegen die sogenannten „Optanten“, die sich in Nordschleswig nach dem Wiener Frieden von 1864 für die dänische Staatsangehörigkeit entschieden hatten, sowie um staatliche Sprachverfügungen, wonach im Jahre 1878 der Deutschunterricht auf der Ober- und Mittelstufe der nordschleswigschen Schulen verstärkt und 1888 für alle Schulfächer hier, mit Ausnahme des Religionsunterrichts, die deutsche Unterrichtssprache verfügt wurde.

Man macht es sich aber doch wohl ein wenig einfach, wenn man das Ganze allein mit dem historischen Klischee „Prøjseri“ oder „Köller-Politik“ abtut. Sicherlich war der Oberpräsident v. Koller eine besonders profilierte Gestalt dieser kleinlichen Nationalitätenpolitik, aber diese war, von europäischer Warte aus gesehen, keineswegs etwas so durchaus typisch Preußisches. Die Engländer gingen in Irland, die Russen in Polen oder im Baltikum gleich rigoros vor.

Wir wollen hier keine späte Rettung des Herrn v. Koller in die Wege leiten. Als politischer Taktiker und Verwaltungsbeamter war v. Koller wohl nicht unbegabt, aber wie so viele Vertreter der degenerierenden wilhelminischen Spätepoch Preußens richtete er sein Wirken nicht zuletzt darauf, „S.M.“ zu gefallen. Wenn Wilhelm II. es wünschte, daß im unruhigen Nordschleswig endlich Beruhigung eintreten solle, dann griff der joviale, aber doch opportunistische Oberpräsident zu Zwangsmitteln, die nur das Gegenteil von dem erreichen konnten, was er bezweckte. Nicht jeder Taktiker ist also auch ein Stratege, und Jovialität kann nun einmal kein gleichwertiger Ersatz für politisches Fingerspitzengefühl sein. Aber auf diesen einen Herrn v. Koller kann man nun nicht die Verantwortung für die ganze verfehlte Minderheitenpolitik von über vier Jahrzehnten abwälzen. Hier liefen vielmehr zwei Linien preußisch-deutscher politischer Mentalitäten parallel: die häufig nationale und liberale Einstellung von Bürgertum und Beamenschaft, die der nationalliberalen oder freisinnigen Partei nahestanden, und die dem preußischen Staatsbegriff alter Art verpflichtete Einstellung der hohen staatlichen Funktionsträger. Ein solches Miteinander scheint auf den ersten Blick bei den oft unterschiedlichen politischen Zielen beiden Richtlinien widersprüchlich.

Aber die Liberalen beider Flügel waren, was wohl bei dem Spätling unter den

europäischen Nationalstaaten nicht ganz unverständlich erscheint, besonders betont national; der Aufstieg des Reiches verstärkte hier die „intoleranten und expansiven Züge“ (Hauser). Dazu kam das Pochen auf das historische Recht eines deutschen Schleswig bis zur Königsau. Die konservativen Würdenträger altpreußischen Schlags waren dabei weniger vom Nationalen her bestimmt, als daß sie in dem verwaltungstechnisch vorzüglich gelenkten preußischen Staatswesen konsequente Loyalität diesem gegenüber in allen Bereichen von seiten der Untertanen, auch wenn sie zu nationalen Minderheiten gehörten, verlangten. Im Gegensatz zu den auf ihrer volklichen Eigenart bestehenden Nordschleswig- Dänen fand so auf deutscher Seite liberales und konservatives Denken, so unterschiedlich man sonst urteilte, zusammen.

*

Dies war im Grenzland Schleswig durchaus nichts Neues. Denn in der Zeit zwischen den Kriegen in den Jahren von 1851—1864 drängten auch auf dänischer Seite gerade nationale Liberale als Beamte und Politiker auf konsequente Durchführung der Spracheskripte zur Förderung der Danisierung Süd- und Mittelschleswigs. Auch einigen konservativen Gesamtstaatlern lag es dabei nahe, den deutschbewußten Schleswig-Holsteinern als staatlichen Sezessionisten entgegenzuarbeiten. Die Herren Tillisch, Regenburg oder Scheele lassen sich ohne jede Schwierigkeit dem Herrn v. Koller und seinen Gesinnungsgenossen an die Seite stellen. Überspannte Nationale der liberalen Richtung wie konservative Anhänger einer festgefügtten Staatlichkeit — also „Traditionsbewußte“ wie „Fortschrittliche“ — waren so im 19. Jahrhundert auf deutscher wie auf dänischer Seite konsequente Gegner einer ihrer nationalen Eigenart bewußten andersvolklichen Minderheit. Die Folgen waren in beiden Fällen die gleichen. Unter dänischem Druck verfestigte sich das deutsche Nationalgefühl im südlichen Schleswig, während in Nordschleswig durch das verschärfte Vorgehen gegen die dänische Minderheit seit 1888 deren erlahmende Widerstandskraft wieder gestärkt wurde. Die Zahl der dänischen Stimmen nahm nun merklich zu, auch, als im letzten Jahrzehnt vor dem ersten Weltkrieg eine Mäßigung der preußischen Grenzpolitik durchaus festzustellen war.

Es gab damals im übrigen schon Stimmen im Grenzland, die zur Versöhnung mahnten, wenn sie auch politisch nur geringen Einfluß erlangten. So trat die neue Sozialdemokratische Partei mit ihrem damals noch besonders deutlich betonten Internationalismus dafür ein, daß deutsch- wie dänischgesinnte Arbeiter ihre gemeinsamen sozialen Interessen zusammen vertreten sollten und ein nationaler Streit im Grenzland vermieden würde. Weiterhin begründete Pastor Schmidt-Wodder 1909 den „Verein für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark“. Ihm ging es um die Eigenständigkeit der Deutschen in Nordschleswig, losgelöst von staatlicher Bevormundung. Auch sein Ziel war es, ganz Schleswig für Deutschland

zu behaupten, aber dies sollte durch einen Wettstreit in der Kulturarbeit, nicht durch staatliche Eingriffe erreicht werden, und die kulturelle Eigenständigkeit des dänischgesinnten Landsmannes wurde von ihm geachtet.

Alles in allem kann man sagen, daß während der Zeit zwischen 1867 und 1914 das politisch bewußte Dänentum in Mittelschleswig stark zurückging, während es sich in Nordschleswig durch die „Köllerpolitik“ deutlich verfestigte.

*

Die machtpolitischen Gewichte wurden dann durch den Verlauf des Ersten Weltkrieges grundlegend verändert, und die deutsche Niederlage führte dazu, daß die Schleswigfrage in der europäischen Politik mit einem Schlage wieder aktuell wurde. Während der Zeit des Umbruchs vom Kaiserreich zur Republik begann der einflußreichste und als Politiker seine Gesinnungsfreunde weitaus überragende dänische Reichstagsabgeordnete H. P. Hanssen zunächst direkte Verhandlungen mit den rasch aufeinanderfolgenden deutschen Regierungen. So erklärte schließlich am 14. November 1918 der deutsche Staatssekretär Dr. Solf, daß die Nordschleswigfrage aufgrund des von Präsident Wilson propagierten Selbstbestimmungsrechtes der Völker geregelt werden solle. Dennoch kam es nicht zu zweiseitigen Verhandlungen zwischen Deutschland und Dänemark, sondern die dänische Regierung wandte sich direkt an die alliierten Gegner des Reiches, um die Lösung der Nordschleswigfrage über die künftige Versailler Friedenskonferenz in Bewegung zu setzen. Sie folgte dabei dem Drängen des dänischen Schleswigschen Wählerverbandes, der in den Apenrader Beschlüssen vom 16. und 17. November 1918 eine Abstimmung zunächst eines nordschleswigschen Gesamtbereichs — begrenzt durch eine Linie südlich Tondern, nördlich Flensburg — forderte, aber auch die Möglichkeit ins Auge faßte, daß Teile Mittelschlewigs mit Flensburg in einer weiteren, zweiten Abstimmungszone an einer Entscheidung zwischen Deutschland und Dänemark teilnehmen sollten.

Die Alliierten griffen — nicht gerade unwillig — dieses Ansuchen auf, und so wurde denn nach den Artikeln 109 bis 114 des Versailler Vertrages im Jahre 1920 in Nord- und Mittelschleswig abgestimmt: am 10. Februar entschied sich die 1. Zone mit rund 75 000 gegen 25 000 Stimmen für Dänemark, am 14. März die 2. Zone mit rund 52 000 deutschen gegen 13 000 dänische Stimmen für das Verbleiben bei Deutschland.

*

Diese Entscheidung ist vor nun sechs Jahrzehnten gefällt worden, man hat sie in der folgenden Zeit immer wieder neu interpretiert.

Uns Deutschen muß es vor allem wichtig sein, die Perspektive des Blicks auf dieses Ereignis erneut und leidenschaftslos zu überprüfen. In seinem Aufsatz über „Versailles nach 35 Jahren“ hat der deutsche Historiker Ludwig Dehio dieses

Problem bereits im Jahre 1954 für das gesamte Vertragswerk aufgegriffen. In einem geschickt gewählten Bild fordert er den Leser auf, die Bedeutung des Vertrages von neuer Warte auf die gleiche Weise zu vollziehen, wie der Italienreisende, der bei der Durchquerung der Alpen eine Kirche zunächst in der Nahsicht höchst eindrucksvoll, dann nach Überwindung einiger Berghöhen von der Kammhöhe des Gebirges tief unten im Tale klein und bescheiden daliegen sieht. Dehio führt weiter aus: „So ähnlich geht es heute in Deutschland den Älteren mit dem Vertrage von Versailles. Vor einem guten Menschenalter stand er zum ersten Male plötzlich vor ihnen in schreckhafter Nahsicht — nach Überwindung der dunklen Kehre des Dritten Reiches sehen wir nun ein zweites Mal auf ihn herab aus der Höhe furchtbarer Erfahrung, und nunmehr präsentiert er sich eingebettet in eine historische Hochgebirgslandschaft, die wir in der Enge der Jugendjahre nicht zu überblicken vermochten.“

Was hier über die Verschiebung des Blickpunkts für die großpolitische Lage des damaligen Europas ausgesagt wird, ist auch speziell für die Ergebnisse der Teilung Schlesiens im Jahre 1920 festzuhalten. Von deutscher Seite muß also gefragt werden, ob verschiedene Kritikpunkte, die nach 1920 gegenüber Dänemark immer wieder erhoben wurden, noch aufrecht zu erhalten sind, wohlgedacht, in einer um Objektivität nach beiden Seiten bemühten, verständnisvollen, aber doch auch deutlichen und die chirurgischen Mittel nicht scheuenden historischen Kritik.

So sollte man sicherlich nicht mehr der dänischen Regierung Zahle vorwerfen, daß sie nicht bilaterale Verhandlungen zur Schleswigfrage suchte, sondern sich an die Versailler Konferenz wandte. Die linksliberale Regierung Zahle („Radikale Venstre“) hatte sich während des Krieges in vorbildlicher Weise gegenüber allen kriegsführenden Mächten neutral verhalten, ihr Außenminister Erik Scavenius wurde sogar von alliierter Seite eines übergroßen Entgegenkommens gegenüber Deutschland beschuldigt. Auch während der Jahre 1919—1920 hielt sich diese Regierung bis zu ihrem Sturz von jedem Chauvinismus fern. Daß sie nicht ungern die dänischen Nordschleswiger in ihrem Anschlußbestreben während der günstigen Lage von 1919-20 unterstützte, kann man ihr wohl nicht verdenken. Die direkte Wendung an Versailles, die offensichtlich nicht ohne gewisse Bedenken vollzogen wurde, erfolgte auch unter Drängen der siegreichen Alliierten, dem sich entgegenzustellen man weder wollte noch wagte.

Denn was ist in der großen Politik erfolgreicher als der Erfolg! Dazu muß man bedenken, daß jede dänische Regierung mit einem gewissen Furchtkomplex der öffentlichen Meinung ihres Landes vor dem in der Vergangenheit und wohl auch in der Zukunft übermächtigen deutschen Nachbarn an der Südgrenze rechnen mußte. Denn wenn die ehemalige europäische Großmacht Dänemark auch seit dem 17. Jahrhundert viele Niederlagen durch Schweden und England hatte

einstecken müssen, so war doch der letzte Streich gegen ein im europäischen Mächtesystem noch bedeutsames Dänemark von deutscher Seite her geführt worden und dieser blieb allein in der Erinnerung. Von Süden her fürchtete die dänische öffentliche Meinung von nun an die außenpolitische Gefahr, und so ist es heute durchaus verständlich, wenn man dänischerseits eine Einbindung der neuen Grenzordnung in einen von den Westmächten garantierten internationalen Friedensvertrag einer solchen allein mit dem deutschen Nachbarn vorzog. Ein zweiter Punkt früherer deutscher Kritik am dänischen Verhalten während der Abstimmungszeit bezog sich auf den Abstimmungsmodus. Denn auf dänischen Wunsch setzte der Versailler Vertrag fest, daß die Entscheidung in der ersten Zone „en bloc“, in der zweiten aber gemeindeweise vollzogen werden solle. Eine von zahlenmäßig nicht so starken, aber einflußreichen eiderdänischen Kreisen gewünschte Abstimmung in einer dritten Zone (bis Kappeln-Schleswig oder Schleswig-Friedrichstadt), die durch erfolgreiches, wenn auch inoffizielles Drängen dieser Kreise in den ursprünglichen Friedensvertrag mit aufgenommen worden war, wurde nicht zuletzt auch auf Vorstellungen der Regierung Zahle bei Abschluß des Vertrages gestrichen.

*

Wie aber kam es zur das Ergebnis im Grunde im voraus präjudizierenden Festlegung des En-bloc-Abstimmungsgebietes der 1. Zone? Die Südgrenze dieses Abstimmungsgebietes, die sich mit der heutigen Staatsgrenze deckt, hat keinerlei historische Legitimation. Hier lag früher weder die Grenze eines Sysseles der Wikingerzeit noch die einer Harde, eines Amtes oder eines Landesteils des Landesfürstentums in der frühen Neuzeit, geschweige denn eine Volks- oder Staatsgrenze. Diese Linie geht vielmehr in erster Linie auf planende Überlegungen des dänischen Bevölkerungsstatistikers und Geographen Hans Viktor Clausen zurück, der um die Jahrhundertwende nach einer handfesten Position für damals noch recht ungewisse dänische Grenzrevisionsforderungen suchte. Nach kulturellen und geographischen Gegebenheiten, wie er sie sah, glaubte er mit der heutigen Grenzlinie eine sinnvolle künftige Scheidelinie zwischen Deutsch und Dänisch aufzeigen zu können. Auf diese Weise würde man seiner Ansicht nach das für Dänemark erwerben können, über das man nach den dortigen nationalen Verhältnissen noch in Zukunft Herr werden könne. (Dies hinderte Clausen im übrigen später nicht daran, an einer Festlegung der Südgrenze der zweiten mittelschleswigschen Zone fördernd mitzuarbeiten). Entscheidend war jedoch die Bereitschaft des führenden Kopfes der Nordschleswig-Dänen, H. P. Hanssen, der bald auch als Minister ohne Geschäftsbereich in das Kabinett Zahle eintrat, die „Clausen-Linie“ als angestrebte künftige dänische Südgrenze anzunehmen. Der Realpolitiker Hanssen war nämlich der Ansicht, daß es nicht nützlich sei, romantischen Idealen, die auf eine künftige dänische Eidergrenze oder auch nur

auf eine Einverleibung Flensburgs hinielten, nachzufolgen. Denn Hanssen war sich als Kenner der Grenzlandverhältnisse dessen bewußt, daß selbst, wenn es gelingen sollte, die im Laufe der Geschichte merkantilen Gesichtspunkten ja keineswegs ablehnend gegenüberstehenden Flensburger zu gewinnen, Dänemark sich mit einem Erwerb Flensburgs durchaus national „übernehmen“ würde. Eine solche, von merkantilem Interesse bestimmte vielleicht mögliche Entscheidung Flensburgs für Dänemark konnte nämlich bei einem Erstarken Deutschlands leicht revidiert werden. Ein zum Deutschtum zurückkehrendes Flensburg würde dann aber in Zukunft den Besitz ganz Nordschleswigs gefährden. So zog er es vor, sich auf sichere Positionen zurückzuziehen. Zwar würden auch durch die Clausenlinie deutsche Mehrheiten in Tondern, aber auch in Apenrade und Sonderburg sowie in einigen Dörfern des sogenannten „schiefen Vierecks“ östlich von Tondern bei einer „En-bloc-Abstimmung“ nach Dänemark einbezogen werden, aber diese Deutschen würde man im Laufe der Zeit noch im dänischen Volkskörper „aufsaugen“ können. Hanssens spätere Zustimmung dazu, auch in der 2. Zone abstimmen zu lassen, beruhte weniger auf seiner politischen Überzeugung, als auf der realistischen Erkenntnis, daß er die Unterstützung der Flensburg-Dänen und ihres Anhangs in Reichsdänemark für die Durchsetzung der eigenen Pläne in Zukunft brauchte. Bei diesem Entschluß erweist sich H. P. Hanssen im Grunde als eine Art Januskopf. Das eine Antlitz blickt zum Zeitalter der absoluten Prärogative des Nationalen zurück. Denn es machte ihm offensichtlich nichts aus, zu erwartende deutsche Mehrheiten in Tondern, Apenrade und Sonderburg und in manchen grenznahen Gemeinden schlicht und einfach durch Anwendung des „En-bloc-Status“ der Abstimmung in Zukunft in das Dänentum „aufzusaugen“. Auf der anderen Seite beeindruckt den Betrachter seines politischen Handelns durchaus seine Erkenntnis, daß es sich nicht lohne, das wankelmütige Flensburg, selbst wenn es sich kurzfristig für Dänemark entscheiden würde, in die für die Dänen „sichere“ 1. Zone mit einzubeziehen. Das ist das der Zukunft zugewandte Antlitz des doppelgesichtigen Januskopfes. Besaß so Hanssen durchaus noch etwas von dem in Europa damals zeitüblichen nationalen „heiligen Egoismus“, so hielt sich dieser doch in einer Zeit, wo der Chauvinismus nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte in vielen Ländern wahre Orgien feierte, in erstaunlichen Grenzen. Anders als die Flensburg-Dänen um Christiansen oder die Danewerk-Gruppe um Collin, berauschte er sich nicht an der scheinbaren Gunst der Stunde, sondern dachte mitten im Erfolg an das Morgen. — Weise Mäßigung im Sieg hat schon immer den wahren Staatsmann gekennzeichnet.

Doch auf deutscher Seite konnte man in voller Überzeugung die neue Grenze als eine *nicht* in allem gerechte im Sinne des von Wilson proklamierten Selbstbestimmungsrechtes der Völker betrachten. Der „En-bloc“-Passus führte

nämlich zu der seltsamen Tatsache, daß etwa das direkt an der neuen Grenze liegende Tondern trotz noch stärkerer deutscher Mehrheit bei der Abstimmung, als dies in Flensburg der Fall war, zu Dänemark kam. Doch sollte man bedenken, daß ja auch der „Deutsche Ausschuß“, allerdings für ganz Schleswig, eine „En-bloc-Abstimmung“, die bei ihrer Durchführung zur Behauptung der Königsau-Grenze geführt haben würde, gefordert hatte, und daß man — darauf hat Prof. Scharff 1970 bereits hingewiesen — bei der Abstimmung in Oberschlesien von deutscher Seite darüber empört war, daß die alliierte Abstimmungskommission sich über das für Deutschland günstig ausgegangene „En-bloc“-Ergebnis hinwegsetzte und die Teilung des Landes nach dem Prozentsatz des Abstimmungsergebnisses vollzog. Auch auf deutscher Seite hatte man also damals ein etwas gebrochenes Verhältnis zur Abstimmungsgeographie.

Kein Ruhmesblatt war — und dies muß klar gesagt werden — das rücksichtslose Ausspielen materieller Mittel zur Stimmenwerbung durch nationale reichsdänische Verbände, jedoch nicht durch das offizielle Dänemark. Man kann die empörte Erbitterung auf deutscher Seite nur zu gut verstehen, als es möglich wurde, Lebensmittelgaben oder finanzielle Unterstützungen zu erhalten, wenn man sich zur dänischen Seite bekannte, während die Masse der Bevölkerung noch unter den Folgen von Krieg und Hungerblockade litt.

*

Doch dann war die Entscheidung im Februar und März 1920 gefallen. Es war nun im Bereich der breiten und facettenreichen Bruchzone zwischen Deutsch und Dänisch im Randgebiet zwischen Nord- und Mittelschleswig eine neue Grenze gezogen worden, die sich den nationalen Gegebenheiten vor allem im Ostteil anglich, wenn auch wesentlich mehr Deutsche zu Dänemark kamen, als Dänen bei Deutschland verblieben. Geliebt und anerkannt wurde die „Clausen-Linie“ als dauerhafte Staatsgrenze von beiden Seiten noch lange nicht.

Dänischerseits pochte die Flensburggruppe auf ihren Achtungserfolg bei der Flensburger Abstimmung und versuchte durch Wiederaufnahme schon früher projektierter Kanalstaatspläne bei hilfreichen Sekundantendiensten reichsdänischer und französischer Freunde durch eine Internationalisierung Mittelschleswigs einen späteren Übergang an Dänemark doch noch in die Wege zu leiten. Und als dann diese zunächst keineswegs irrealen Pläne scheiterten, war man doch nicht dazu bereit, seinen Träumen abzuschwören. Diesseits wie jenseits der Grenze blieb in zahlenmäßig nicht übergroßen, aber entschlossenen nationalen Kreisen die Parole der Abstimmungszeit für Flensburg unvergessen: „I tusind år var Du Danmarks by. Du barn af Danmark, bliv dansk på ny.“ Auch wenn unter dem Eindruck der Abstimmung im Laufe der nächsten Jahre die dänischen Stimmzahlen südlich der neuen Grenze rapide sanken.

Deutscherseits forderte man andererseits schon gleich nach der Februar-

Abstimmung mit der „Tiedje-Linie“ eine partielle Grenzverschiebung um Tondern und im „Schiefen Viereck“ auf dem Mittelrücken Nordschleswigs, die beiden Seiten etwa gleich große Minderheiten zugewiesen hätte. Auch hier sollte eine der durch Versailles geschaffenen und als ungerecht empfundenen Grenzen revidiert werden, mit denen man sich in keiner Weise abfinden wollte. Darin waren sich die Anhänger aller Parteien einig. Einer der ersten, der hier seine Stimme erhob, war der SPD-Politiker Dr. Adolf Köster, Reichskommissar und -bevollmächtigter in der Abstimmungszeit und später auch für kurze Zeit Reichsaußen- wie -innenminister. Ihm, dessen Vater aus Angeln stammte und dem die Verhältnisse Schleswig-Holsteins vertraut waren, war es in der Abstimmungszeit gelungen, alle deutschen Kräfte zu sammeln und die inneren Gegensätze auf deutscher Seite zu neutralisieren. So gelang es ihm einerseits, anfängliche Vorbehalte des mehr bürgerlich bestimmten „Deutschen Ausschusses“ gegen seine Strategie zu überwinden und andererseits in Zusammenarbeit mit den örtlichen Parteiführern die Arbeiterwählerschaft der SPD in weitem Umfang damals bei der deutschen Sache zu halten. Im Vorwort zu seinem Erinnerungsbuch über das Jahr 1920 fand er folgende bezeichnenden Worte, die er an die deutschen Nordschleswiger richtete: „Ihr habt einen Prozeß verloren. Aber nur in erster Instanz. Es ist Berufung eingelegt. Auf Euer lebendiges Zeugnis wird es ankommen, an jenem Tage, da das Urteil revidiert, da das wahre Plebiszit Nordschleswigs gesprochen wird — an jenem Tage — o käme er bald!“

Von hier aus ist es auch zu verstehen, wenn gerade die deutschen Sozialdemokraten im Schleswig südlich der Grenze sich erst nach einigem Zögern mit der gemeinsamen Erklärung des dänischen wie deutschen Vorstandes der Sozialdemokratie im sogenannten „Stauning-Wels-Abkommen“ vom November 1923 befreunden konnten, wonach beide Parteien sich gegen jede künftige Grenzrevisionsunternehmungen von Norden oder Süden her stellen wollten.

Überhaupt standen die Zeichen noch keineswegs auf Ausgleich. Obwohl manche Deutsche aus Nordschleswig abwanderten oder aber langsam ins dänische Volk abdrifteten — denn auch hier zeigte sich die Macht des Faktischen — konnte sich die Minderheit im ganzen erstaunlich schnell wieder stabilisieren und erhielt von Deutschland her gerade während der Weimarer Zeit bemerkenswerte Hilfe, die es etwa ermöglichte, ein vorbildliches Schulsystem aufzubauen. Kultur- und Bodenkampf waren nun in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die entscheidenden Mittel der nationalen Auseinandersetzung im Grenzland Schleswig geworden. Ging es also mit der erwarteten „Aufsaugung“ der deutschen Minderheit nicht recht voran, so gab es andererseits in der wirtschaftlichen Eingliederung Nordschleswigs in Dänemark unerwartete Schwierigkeiten. Vor allem die Bauern — Dänen, Deutsche und national Schwankende — waren tief enttäuscht und fühlten sich z. T. in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Auch

machte man es den dänischen staatlichen Stellen Nordschleswigs zum Vorwurf — wissenschaftlich exakt untersucht ist diese Frage jedoch noch nicht —, daß sie insgeheim planmäßig darauf hinarbeiteten, ohne Rücksicht auf schleswigsche Sonderheiten das Land von Grund auf den dänischen Reichszuständen anzugleichen, etwa durch Einsetzung nicht aus dem Lande stammender Beamter, während man die Berufung Einheimischer oder gar Deutschgesinnter zu Beamten in Nordschleswig verhinderte. Wie dem auch sei, im subjektiven Bewußtsein mancher Nordschleswiger wurde zumindest die Entwicklung so gesehen. Regionale Protestbewegungen entstanden, die letztlich vor allem der deutschen Seite zugute kamen, welche in Pastor Schmidt-Wodder einen geschickten Sachwalter ihrer Politik gefunden hatte.

Aber die scheinbar günstige Wende für die deutsche Sache führte zu einer gewissen Verzettelung der politischen Unternehmungen. Im Grunde konnte man sich auf deutscher Seite bis 1945 nicht recht dafür entscheiden, ob man nun das damals noch im ganzen realistische Ziel einer partiellen Revision auf die Tiedje-Linie hin verfolgen oder aber die Königsaugrenze, als eine letztlich utopische Zielmarke, anstreben sollte. Immerhin muß man bei diesem Urteil bedenken, daß es der Volksgruppenleitung schwerfallen mußte, bei einer Entscheidung für die Tiedje-Linie die Wünsche der Deutschen in Apenrade, Sonderburg und Hadersleben zu vernachlässigen.

*

Der politische Umbruch von 1933 in Deutschland führte dann die nordschleswigsche Minderheit gemeinsam mit dem Mutterland in die Katastrophe. Das Nichtbegreifenwollen der Niederlage im Ersten Weltkrieg, die immer wiederkehrende Bedrohung der wirtschaftlichen Lebensbasis durch Kriegsfolgen, Inflation und Weltwirtschaftskrise, die Uneinigkeit der demokratischen Kräfte, dies alles führte zur Errichtung der braunen Unrechtsdiktatur in Deutschland. In der „südschleswigschen Problemregion“, deren Bewohner in der Wandelbarkeit ihrer politischen Wahlentscheidungen auch heute noch ein Schrecken für alle Wahlprognostiker sind, gewannen die Nationalsozialisten 1932 dabei schon in der Juliwahl 62 % der Wählerstimmen. Die braune Woge übersprang dann nach der Machtergreifung Hitlers auch die Grenze, und bis 1936 wurde die nordschleswigsche Minderheitenführung gleichgeschaltet. Nationale Minderheiten haben sich auch anderswo selten einer Anerkennung staatlicher Umbrüche im Mutterlande entziehen können, zumal ja die Kulturarbeit und die Bodenauseinandersetzung zu einem großen Teil vom Mutterland finanziert wurden. Die führenden deutschen Politiker der Minderheit erwiesen sich nicht als einsichtsvoller oder scharfblickender als ihre reichsdeutschen Kollegen. Die einen ergriff der nationalsozialistische Rausch, die anderen suchten durch teilweises Engagement für das Neue, ohne dieses wirklich zu schätzen, wie etwa Pastor

Schmidt, Teile des von ihnen mühsam errichteten Lebenswerks zu bewahren, andere aber traten enttäuscht von der politischen Bühne ab. Sehr beeindruckend wirkt diese politische Szene im ganzen gerade nicht.

Von Grenzverschiebung sprachen damals jedoch nur einige regionale Parteiführer, vor allem südlich der Grenze, während die zentrale Führung in Berlin hoffte, in Zukunft Nordeuropa in eine großgermanische Gemeinschaft einzubeziehen und sich deswegen für eine Revision der Grenze nicht erwärmte, zumal die Stimmzugewinne der NSDAPN, die sich nach dreijährigen inneren Streitigkeiten verschiedener nationalsozialistischer Richtungen untereinander schließlich gebildet hatte, sich im ganzen in bescheidenen Grenzen hielten.

Es folgte der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und die Besetzung Dänemarks, und nun war die Volksgruppe der braunen Staatsführung wieder interessant genug dafür, ihr „Menschenmaterial“ für den sich immer stärker ausweitenden Krieg zu stellen. Politisch wurde so im ganzen von den leitenden Politikern der Volksgruppe vieles versäumt, es fragt sich aber, ob man in der zeitgebundenen Situation zwischen 1933 und 1945 eine größere Weitsicht von ihnen hätte erwarten können.

*

Der deutsche Zusammenbruch führte 1945 für die Minderheit eine harte Zeit herbei. Der durch nationalsozialistische Unrechtsmaßnahmen hervorgerufene Volkszorn der vier Jahre unter Besatzungsregiment und -druck stehenden dänischen Bevölkerung entlud sich in überreagierendem Handeln politisch überhitzter Kreise über die im Lande lebende deutsche Volksgruppe. Rückwirkend geschaffene Gesetze waren die Grundlage für eine Vielzahl von Urteilen zu Freiheitsstrafen, die oft genug den „kleinen Mann“ wegen seines Kriegsdienstes traf, den er guten Glaubens für sein eigenes Volk geleistet hatte. Die deutschen Privatschulen wurden enteignet. Sicherlich, die Zeit war aus den Fugen, oder wie Prof. Troels Fink sagt, die Lage in Dänemark war „ganz außergewöhnlich“, aber auch hier möchte ich die während meiner Ausführungen an manchen Stellen zu deutschen oder dänischen Handlungen geäußerten Worte wiederholen: ein Ruhmesblatt für die Handelnden waren diese Taten in keiner Weise. Ähnliche Meinungen werden heute ja auch in Dänemark häufig von Politikern wie Privatleuten geäußert.

Dabei trug gerade diese schwere Zeit mit dazu bei, daß die deutsche Volksgruppe in ihrem Kern weiterhin zusammenhielt, mehr, als man zuerst wohl glauben mochte. Politische und kulturelle Organisationen verfestigten sich bald wieder, und als sich die Lage beruhigte, gelang es auch, ein ansehnliches Schulwesen wieder aufzubauen, wenn es auch nicht den Vorkriegsstand erreichte. Von Grenzrevision redete man seit 1945 nicht mehr, und die Loyalitätserklärung gegenüber dem dänischen Staat im gleichen Jahre war die notwendige Konsequenz aus den politischen Irrwegen der letzten zwölf Jahre.

*

Andererseits schien sich nach 1945 kurzfristig der alte Traum der Flensburg-Dänen, deren Kern die schwere Zeit seit 1933 ungebrochen überstanden hatte, doch noch zu erfüllen. Die Zahl der dänischen Wählerstimmen in Südschleswig stieg innerhalb von drei Jahren nach dem Zusammenbruch rapide von wenigen Tausend auf 99 000 an. Auf deutscher Seite wollte man jedoch nicht daran glauben, daß hier in Wahrheit ein seit einem Jahrhundert schlummerndes dänisches Volkstum plötzlich zu neuem Leben erwacht sein sollte und daß es sich hier wirklich in der Masse um eine „echte Minderheit“ handele. Man war vielmehr in allen Parteirichtungen der Ansicht, daß die meisten Südschleswiger sich der dänischen Seite aus materieller Not, aus Furcht vor Überfremdung der Heimat durch die Massen der Heimatvertriebenen aus dem Osten, die im Lande Zuflucht gefunden hatten, sowie aus innerer Leere und tiefer Enttäuschung und Verzweiflung nach der Zerstörung des Dritten Reiches angeschlossen hätten. Man wollte heraus aus dem Elend Deutschlands, das noch lange währen konnte, man wünschte Teilhabe an der heilen, ungebrochenen Welt im dänischen Staat und Volk.

Obwohl die dänischen Regierungen der Nachkriegszeit dieser Bewegung gegenüber die gleiche Nüchternheit und Zurückhaltung zeigten (mit Ausnahme des zeitweiligen Staatsministers Knud Kristensen) wie einst gegenüber den Danewerk- und Flensburg-Dänen im Jahre 1920; wenn sie auch die dänische Kulturarbeit mit großen Geldzuwendungen stützten, setzte doch eine großangelegte, konsequente Grenzarbeit auf lange Sicht im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich durch dänische Grenzverbände und Vereine mit Unterstützung einer einflußreichen Gruppe nationalbetonter Politiker ein. Ihr mochte es gelingen, auf weitere Zeit hin diese aus dem deutschen Zusammenbruch fliehenden Menschen ins Dänentum fest zu integrieren, so daß auf diese Weise die zunächst heterogene dann eine wirklich echte dänische Minderheit werden würde. Obwohl weder die dänischen Regierungen noch die englische Besatzungsmacht die Grenze verschieben wollten, konnte so der Tag kommen, an dem eine gefestigte und auf längere Zeit in ihrem Zusammenhalt bewährte südschleswigsche dänische Minderheit die Hilfe des offiziellen Dänemarks beim Wunsch auf Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes zwingend fordern konnte.

Ein weiterer Raumverlust war aber für das seiner Ostprovinzen beraubte Deutschland nicht mehr tragbar. Daher war es das Ziel deutscher Grenzpolitiker, ich nenne hier nur Dr. Richard Schenck, Friedrich Wilhelm Lübke und Jens Nydahl, (die bedeutendsten Vorsitzenden der Grenzverbände in der Reihenfolge ihres politischen Auftretens), in diesem Jahrzehnt der Nachkriegsjahre, alles daranzusetzen, durch politische, soziale und kulturelle deutsche Grenzarbeit

möglichst viele Südschleswiger wiederzugewinnen und die dänische Minderheit auf ihren echten Kern zu reduzieren. Auch hoffte man die Grenzfrage solange in der Schwebe zu halten, bis die wirtschaftliche Erholung Deutschlands soweit fortgeschritten sei, daß der Wunsch, dem Elend zu entfliehen, sich verflüchtigte. Alles in allem ist diese Rechnung aufgegangen, wenn auch die dänische Minderheit zahlenmäßig stärker blieb, als man damals erwartete.

*

Auf der anderen Seite unternahmen es Politiker beider Seiten, nicht zuletzt auch im Rahmen des Zusammenrückens der Europäer nach den zwei Kriegskatastrophen, den Schmelbrand an der Grenze endgültig zu löschen. Von deutscher Seite sicherte die Kieler Erklärung des Jahres 1949, hinter der alle Landtagsparteien standen, die Freiheit des Bekenntnisses zum dänischen Volkstum zu, und die dänische Regierung versicherte im Kopenhagener Notat den deutschen Nordschleswigern, daß die staatsbürgerlichen Freiheiten des Landes in jeder Weise auch für sie feststünden. Dennoch zogen sich die Auseinandersetzungen in Schleswig noch mehrere Jahre hin. Entscheidend wurden die Rechte beider Minderheiten dann aber durch die Bonn-Kopenhagener Erklärungen des Jahres 1955 gestützt, zu denen es im Zusammenhang mit den Aufnahmeverhandlungen Deutschlands in die Nato kam. Damit wurde nun vor einem Vierteljahrhundert die Streitaxt zwischen Deutsch und Dänisch — wir wollen hoffen, für alle Zeiten — an der Grenze am Scheidebach begraben.

*

Nun erst liegt die Grenze wirklich fest. Die einst ungeliebte ist etwas Gewohntes geworden, eine Übergangs- und Durchgangslinie im schleswigschen Grenzland, wo man auf beiden Seiten in der Minderheitenfrage in den letzten Jahrzehnten die Bereitschaft zeigte, ein brennendes nationales Problem zu einer haltbaren Lösung zu führen. Es ist ein dummes Wort, daß man aus der Geschichte nichts lernen könne! Deutsche und Dänen in Schleswig haben nach langen Irrwegen die Bedeutung des alten niederdeutschen Sprichwortes erkannt: Frede vermehrt, Unfrede vertert!

Aber der Friede kann nur erhalten bleiben, wenn beide Seiten auf der Grundlage der Gegenseitigkeit das Dasein und Wirken der beiden Minderheiten auch in Zukunft garantieren und schützen und andererseits dazu bereit sind, nicht mehr an der Grenze zu rütteln.

Auch hier kann man sich Rat bei Goethe holen: Mann mit zugeknöpften Taschen, dir tut keiner was zulieb. Hand wird nur von Hand gewaschen, wenn du nehmen willst, so gib!



Der Plebiszitstaat und seine Regierung 1920

Erinnerungen an die Zeit vor sechzig Jahren.
Fünf Männer regierten das Abstimmungsgebiet.

Nordschleswig hat im Lauf seiner langen Geschichte viele Regierungen erlebt. Die eigenartigste war die aus fünf Männern bestehende Kommission, die das Abstimmungsgebiet, beginnend im Januar 1920, für fünf Monate verwaltete. Genau hieß diese Regierung in deutscher Übersetzung „Internationale Kommission zur Überwachung des Plebiszits in Schleswig“. In französischer Sprache hieß es „Commission Internationale Slesvig“ und den Mini-Staat, den die Kommission regierte, nannte man den Staat „Plebiszit“. Die Kommission bestand aus einem Engländer, Sir Charles Maling, einem Franzosen, Poul Claudel, einem Norweger, Thomas Heftye, und einem Schweden, Oscar von Sydow. Sir Maling, der den Vorsitz führte, nahm während der ganzen Zeit eine neutrale Haltung ein. Er war englischer Gesandter in Kopenhagen, Poul Claudel war der Chef der französischen Botschaft in der dänischen Hauptstadt. Der Norweger war Telegraphendirektor und der Schwede Landeshauptmann. Als Generalsekretär der Kommission fungierte der Engländer Brudenell Bruce, der mit einer Kopenhagenerin verheiratet war. Die Kommission stützte sich auf die Bajonette von 3 000 Soldaten; es waren Engländer und Franzosen, die die Besatzungsmacht bildeten, und auf 376 Gendarmen, die dänisch gesinnte Nordschleswiger waren, von denen ein großer Teil am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatte. Die Kommission mit ihren Mitarbeitern versammelte sich am Abend des 25. Januar

1920 auf dem Hauptbahnhof in Kopenhagen. Am Morgen des 26. Januar erreichte man die Grenzstation Vamdrup. Hier genoß die Kommission mit ihrer Begleitung den Morgenkaffee. Man stärkte sich für die Weiterfahrt, die unter den Klängen eines Orchesters begann.

In der Mittagsstunde des 26. Januar erreichte der „historische“ Eisenbahnzug den Flensburger Bahnhof, der damals an der Stelle lag, wo heute der ZOB liegt. Vor dem Bahnhof waren englische Matrosen aufmarschiert, und französische Alpenjäger geleiteten die Mitglieder der Kommission nach dem in der Nähe liegenden „Flensburger Hof“, der das Hauptquartier der Kommission sein sollte, die gleich ihre Regierungsgeschäfte aufnahm und für einzelne Aufgaben Mitarbeiter heranzog. Zur Regelung der Ernährung bediente man sich eines der bekanntesten Landwirte Angels, des Hofbesitzers Wilhelm Iwersen, Munkbrarup, der diese schwierige Aufgabe glänzend meisterte.

Die Kommission bestimmte, daß die Volksabstimmung am 10. Februar in Nordschleswig und am 14. März in Flensburg und Mittelschleswig stattfinden sollte. Die Kommission war es auch, die vorschlagen sollte, welchen Verlauf die künftige Grenze zwischen Deutschland und Dänemark nehmen sollte.

Es war eine wahrhaft historische Aufgabe, die der fünf Männer wartete, die für kurze Zeit in Flensburg residierten.

Harboe Kardel

*

Gedenken an Dr. Adolf Köster

Er wirkte 1920 verdienstvoll als Abstimmungskommissar in Flensburg.
Er starb vor 50 Jahren als Gesandter in Belgrad.

Verfolgt man die Abstimmungen im Landesteil Schleswig, so taucht immer wieder der Name Dr. Adolf Kösters auf, der im April 1919 zum Staatskommissar für Schleswig-Holstein ernannt wurde und als solcher von Flensburg aus die Fäden der verschiedensten deutschen Bestrebungen in die Hand nahm. Er schlug im Alt-Flensburger Haus sein „Hauptquartier“ auf, wo er seine Mitarbeiter um sich versammelte und regelmäßig Pressekonferenzen abhielt. Er war eine dynamische, selbständige Natur, die sich von Berliner und anderen Bürokraten nicht dreinreden ließ. Wenn er im Kreis seiner Freunde, ständig die Pfeife qualmend, seine Pläne entwickelte, flog zwischen ernstesten Erwägungen mancher Scherz durch den Raum. Es gab keine Befehle. Er verstand es, in liebenswürdiger Form das Notwendige zu veranlassen und durch kluge Argumente zu überzeugen. Immer wieder appellierte er an das heimatische Bewußtsein. Einer seiner engsten Mitarbeiter auf dem Gebiet der Presse war Ernst Schröder, der spätere Leiter des „Korrespondenz-Büros Nordschleswig“ und der „Grenzstelle Nord“ in Flensburg, der viel von Adolf Köster zu erzählen wußte und stark von ihm beeinflußt war. In enger Zusammenarbeit mit ihm wirkten gleichfalls der Historiker Dr. Karl Alnor, der als plattdeutscher Redner geschätzte Dr. Rudolf Muuss und der Flensburger Arbeiterführer Michelsen. Keiner verstand es aber besser, mit der Internationalen Kommission umzugehen. Geschickt nahm er die deutschen Interessen wahr als unermüdlicher Protestierer.

War er nicht in Flensburg, so jagte er im Auto durch das Land, um Männer und Frauen aufzuspüren, die er für seine Aufgabe einspannen konnte. Ihm war es zu verdanken, daß im Abstimmungsgebiet der 2. Zone eine Einheitsfront entstand, die auch die Arbeiterschaft umfaßte, so daß es am 14. März 1920 von Flensburg bis Niebüll und auf den Inseln zu einer eindeutigen deutschen Mehrheit kam.

Adolf Köster war 1883 in Verden geboren, hatte aber einen großen Teil seiner Jugend in Kappeln, der Heimat seines Vaters, verlebt. Er studierte Philosophie, war kurze Zeit Privatdozent in München und wurde dann freier Schriftsteller. Als solcher unternahm er weite Reisen, die er journalistisch verwertete. Im Ersten Weltkrieg war er Kriegsberichterstatte für sozialdemokratische Zeitungen. Ende 1918 berief Friedrich Ebert ihn in die Reichskanzlei. Von dort kam er ins Abstimmungsgebiet. Er war 1920 und 1921 kurz Außenminister und ging dann in die Diplomatie, zuerst nach Riga und dann nach Belgrad. Hier erlag er am 18. Februar 1930 einer von gefährlichen Komplikationen begleiteten Blinddarmentzündung, nachdem er gerade die Zusage gegeben hatte, am 14. März zur 10. Wiederkehr der Abstimmung in der 2. Zone in Flensburg zu sprechen.

Bei seinem Tode schrieb die führende Zeitung in Belgrad: „Solch ausländische Vertreter sind selten. Wer einmal das Haus Dr. Kösters betreten hat, mußte sein Freund werden. Sein Verlust ist schwer für seine Familie, für Deutschland und für uns.“
Im schleswigschen Grenzland wird der

Nach 60 Jahren: Die Teilung Schleswigs 1920

Die Teilung des alten Herzogtums Schleswig im Jahre 1920 hatte tiefgreifende Folgen für alle, die damals an der Entscheidung teilnahmen, für das Königreich Dänemark wie für die damals junge deutsche Republik, für die Mehrheitsbevölkerungen wie für die beiden Minderheiten, die 1920 „geboren“ wurden. Ich werde den Versuch machen, die Konsequenzen der Entscheidung für diese direkt Betroffenen zu würdigen.

Fangen wir mit dem Königreich Dänemark an. Für Dänemark bedeutete die Wiedervereinigung mit dem nördlichen Schleswig, daß Dänemark nach vielen und großen Schwierigkeiten, die Jahrhunderte gedauert hatten, endlich ein Nationalstaat wurde: d. h. fast alle Dänen konnten jetzt in Dänemark gemeinsam leben, und nach 1920 leben in Dänemark vorwiegend nur Dänen. Ich sehe dabei von den Färöern und von Grönland ab, die eine gesonderte Stellung im Reichsverband einnehmen. Seit 1864 hatte Dänemark eine blutende Grenze gehabt. Einem Teil der Dänen war die Zugehörigkeit zu dem dänischen Staat verweigert worden.

Vor 1864 lebten in der dänischen Monarchie sowohl Deutsche als auch Dänen; dazu kamen die Isländer und vor 1814 auch die Norweger. Die Auflösung des alten Gesamtstaates war mit einer Reihe von Kriegen verbunden. Ich werde dies hier nicht näher erläutern; nur möchte ich hervorheben, daß die Stärke eines kleinen Landes in der Einheitlichkeit und der Einigkeit der Bevölkerung besteht. Mit Gewalt können wir Dänen nichts erreichen. Heutzutage denken nur wenige daran, welche große Bedeutung es gehabt hat, daß Dänemark im Jahre 1920 eine Grenze erhielt, wodurch eine Übereinstimmung zwischen Nation und Staatsbevölkerung erreicht wurde. Das Gebiet des Königreichs wurde um 10 % erweitert, die Einwohnerzahl stieg um 5 %. Ich darf hier vielleicht nebenbei erwähnen, daß Island im Jahre 1918 seine nationale Selbständigkeit erreichte, und zwar durch eine friedliche Vereinbarung mit Dänemark. Insofern ist die dänische Politik damals konsequent gewesen.

*

Für das damalige Deutsche Reich darf man wohl die Abtretung des nördlichen Schleswig im Verhältnis zu den anderen Folgen des Versailler Vertrages als eine *kleine* Korrektur betrachten. Die Bevölkerung Nordschleswigs entsprach nur ein paar Promille der Gesamtbevölkerung des Reiches. Die Reichsregierung hat aber nie formal die Grenze von 1920 anerkannt.

Schwerwiegender war der Verlust für die damalige preußische Provinz Schleswig-Holstein. 20 % des Gebietes und 10 % der Bevölkerung gingen an Dänemark. Die

Gebietsabtretung hatte weitreichende psychologische und gefühlsmäßige Nachwirkungen. Das Schlagwort aus dem 19. Jahrhundert war ja gewesen „up ewig ungedeelt“, und nun war Schleswig geteilt worden. Zwar bezog sich das Wort „up ewig ungedeelt“ auf die Verbindung zwischen den beiden Herzogtümern Schleswig und Holstein, aber eine Teilung war vollzogen worden. Viele Schleswig-Holsteiner wehrten sich dagegen, diese Teilung des Herzogtums Schleswig anzuerkennen. Die Forderung nach einer Grenzverschiebung nach Norden wurde ohne Rücksicht auf die Ansichten der dänischen Bevölkerungsmehrheit in Nordschleswig aufrechterhalten. Viele wollten ganz einfach Rache. Nur von den Sozialdemokraten, sowohl im Reich als auch in der Provinz, wurde die Entscheidung zur Kenntnis genommen. Im Jahre 1923 haben die dänische und die deutsche Sozialdemokratie eine gemeinsame Erklärung abgegeben, wonach die neue Grenze als eine endgültige und gerechte Entscheidung anerkannt wurde.

*

Die deutschen Bewohner der Provinz Schleswig-Holstein waren südlich der Grenze die am nächsten Betroffenen. Ihre Gefühle waren jedoch nicht nur durch den Verlust Nordschleswigs bestimmt, sondern auch durch die Tatsache, daß das Ergebnis der Abstimmung am 14. März 1920 von ihnen als ein großer Erfolg empfunden wurde. Seit dem Oktober 1918 hatte der eine Rückschlag nach dem anderen die junge Republik getroffen. Am 14. März 1920 konnte die Republik zum ersten Mal einen „außenpolitischen“ Erfolg buchen.

Das gute Ergebnis in Flensburg hat aber nur sehr bedingt eine erholsame Wirkung für die Reichsregierung gehabt. In den Tagen nach dem 14. März war nämlich die Öffentlichkeit nicht durch die Abstimmung in Flensburg beeindruckt, sondern durch den Kapp-Putsch. Die Regierung Bauer flüchtete aus Berlin. Die Wehrmacht verweigerte der Regierung ihre Unterstützung; aber durch einen Generalstreik wurde Kapp zur Kapitulation gezwungen. Der Streik lähmte auch die Presse und damit die Verbreitung der Nachrichten aus Flensburg.

Die Abstimmungen des Jahres 1920 haben die nationalen Leidenschaften in der Provinz Schleswig-Holstein entfacht, und die Feindlichkeit den Dänen gegenüber dauerte bis in den Zweiten Weltkrieg hinein.

*

Wenden wir uns jetzt der dänischen Mehrheitsbevölkerung in Nordschleswig zu. Von ihr wurde die Wiedervereinigung mit Dänemark vor allem als eine Befreiung empfunden. Seit 1864 waren die Dänen Nordschleswigs einer harten Unterdrückungspolitik durch die Preußen ausgesetzt gewesen. Heute ist ja Preußen als eine geschichtliche Größe zu betrachten, und in der geschichtlichen Behandlung dieses Themas gibt man sich große Mühe, die preußischen Tugenden hervorzuheben: sparsam, fleißig, ordentlich waren die preußischen Behörden; Anfang des 19. Jahrhunderts war Preußen in vieler Hinsicht ein Vorbild

für andere Staaten.

Das Preußen aber, welches die Dänen in Nordschleswig kennenlernten, war anders. Wer den preußischen Staat nicht bejahte, wurde als Bürger zweiter Klasse behandelt. Die Selbstverwaltung wurde so gehandhabt, daß dänischgesinnte Bürger weitgehend von den Vertretungen ferngehalten wurden; die dänische Sprache wurde aus den Schulen vertrieben und die dänische Kulturarbeit erschwert. Schikane und Kleinlichkeiten von seiten der preußischen Behörden waren das tägliche Brot.

Die psychologische Wirkung dieser Unterdrückungspolitik bestand darin, daß die „schleswigschen“ Vorbehalte gegenüber Dänemark, die vor 1864 bestanden hatten, abgebaut wurden. Die dänischen Schleswiger wurden „Sønderjyder“: das heißt, sie wurden vorbehaltlos Dänen nach dem Motto: „Jeden Glanz, jeden Fleck, der auf den Namen Dänemarks fällt, will ich tragen.“

Nach den furchtbaren Kriegsjahren 1914-18 waren die Erwartungen der dänischen Nordschleswiger in Dänemark jedoch viel zu hoch gespannt. In der folgenden Zeit trat eine gewisse Ernüchterung ein. Die zwanziger Jahre waren durch große wirtschaftliche Schwierigkeiten gekennzeichnet, und eine politische Unzufriedenheit war auch zu erkennen. Die Entscheidung des Jahres 1920 wurde jedoch bei allen politischen Wahlen immer wieder bestätigt, nicht zuletzt im Jahre 1939, als der Nationalsozialismus unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg sonst große Erfolge buchen konnte.

*

1918, als H. P. Hanssen, der Vertreter der Dänen im Deutschen Reichstag, das Programm für die Volksabstimmung entwarf, war es seine Auffassung, daß man die schleswigsche Frage jetzt endgültig lösen solle. Das heißt: die neue Grenze sollte nach und nach eine rein nationale Grenze werden, ohne nationale Minderheiten. Diese Erwartung hat sich nicht bewahrheitet, im Gegenteil, kann man sagen. Bei der Entscheidung im Jahre 1920 sind zwei Volksteile entstanden, die sich zu wohlorganisierten Minderheiten entwickelt haben.

Von den beiden Minderheiten war nach 1920 die deutsche in Nordschleswig die größere und die dänische südlich der Grenze die kleinere. Man kann wohl ruhig sagen, daß die bewegende politische Kraft in den Zwischenkriegsjahren von der deutschen Minderheit ausging. Sie gab sich mit der Entscheidung von 1920 nicht zufrieden. Sie forderte Revision. Nie aber wurde erläutert, wie weit diese Revision gehen sollte. Die Unzufriedenheit mit der Abstimmung wurde vor allem damit begründet, daß die En-bloc-Abstimmung für Nordschleswig ungerecht sei. Nur eine gemeindeweise Abstimmung wäre demokratisch zu rechtfertigen. Wenn dann das Ergebnis vorlag, sollte man in Übereinstimmung damit die Grenzlinie ziehen. Es kann nicht bestritten werden, daß eine solche Methode, demokratisch gesehen, viel für sich hat. Wenn H. P. Hanssen diese nicht vorgeschlagen hat, dann aus

verschiedenen Gründen:

Er wollte Enklaven vermeiden. Man nahm an, daß die Städte Apenrade und Sonderburg bei der Abstimmung deutsche Mehrheiten aufweisen würden; man wollte nicht größere Landstreifen, wo die Dänen die Mehrheit bildeten, gegen die geographisch kleinen Stadtbezirke aufrechnen; erst recht nicht, weil eine Stadtbevölkerung sich viel schneller verändert als eine ländliche. Die Stadt Tondern aber bildete keine Enklave; sie war traditionell deutschgesinnt. Hier hat H. P. Hanssen darum wirtschaftliche und geographische Betrachtungen walten lassen. Vor 1864 hatte die Ortschaft Mögeltondern zum Königreich Dänemark gehört, nicht zum Herzogtum Schleswig; Mögeltondern war eine dänische Hochburg. Auch Rørkær östlich von Tondern hatte eine dänische Mehrheit. Vorwiegend spielten aber die geographischen Rücksichten eine Rolle. Wo jetzt die Grenze läuft, begegnen sich z. B. zwei Entwässerungsgebiete. Das ist mitentscheidend für die Grenzziehung gewesen.

So dachte man 1918. H. P. Hanssen hat im voraus eine Grenze vorgeschlagen, die als Staatsgrenze zu gebrauchen war.

*

Wenn man rückblickend die Dinge betrachtet, dann muß man sich vergegenwärtigen, wie die Verhältnisse gewesen wären, wenn man erst im März 1920 die endgültige Grenze hätte ziehen sollen. Dann wären die derzeitigen politischen Kräfteverhältnisse entscheidend gewesen. Persönlich glaube ich, daß dann auch Flensburg zu Dänemark gekommen wäre.

Bei den Folketingswahlen in der Zwischenkriegszeit konnte die deutsche Minderheit etwa 15 % der Wählerstimmen in Nordschleswig erringen. Die Stimmen waren ungleich verteilt; die Ecke um Tondern blieb lange eine Hochburg der Minderheit. Bis in den Zweiten Weltkrieg hinein wurde die Forderung nach einer neuen Entscheidung aufrechterhalten, und sie wurde nach 1933 verschärft. Bei der Folketingswahl im April 1939 erklangen die Parolen „Führer, mach uns frei“ und „Wir wollen heim ins Reich“. Hitler hat die Frage aber hier oben auf die lange Bank geschoben, nicht zuletzt, weil die Wahl am 3. April 1939 das Ergebnis des Jahres 1920 so eindeutig bestätigte. In bösen und in guten Jahren haben die dänischen Nordschleswiger die Grenzziehung 1920 als ein Glück betrachtet.

Als die deutschen Truppen im April 1940 Dänemark besetzten, glaubten viele deutsche Nordschleswiger, jetzt sei die Stunde gekommen. Die Parole aus Berlin war aber immer noch: Zurückhaltung. In jeder Hinsicht hat sich die Minderheit der Besatzung zur Verfügung gestellt, und als das Blatt sich wendete, war bei den Dänen eine große Empörung aufgespeichert. Sehr besorgt mußten sowohl die Deutschen als auch die gemäßigten Dänen sich Gedanken machen, was geschehen werde, wenn Dänemark wieder frei sein würde.

Im Mai 1945 kamen Übergriffe vor, aber mit Ausnahme der ersten Tage nach dem

5. Mai wurde die Auseinandersetzung in geregelte Bahnen geleitet. Kein Menschenleben ging verloren. Eine Rechtsabrechnung wurde durchgeführt; weniger hätte genügt, das sieht man jetzt nachher, und die schon vor dem Kriege bestehende Gesetzgebung hätte auch ausgereicht. Wenn man aber so entrüstet über die Gesetzgebung mit rückwirkender Kraft spricht, muß man auch daran denken, daß die dänische Verfassung durch die Besatzungsmacht außer Kraft gesetzt war; die Dänen hatten 1940 ihre Entscheidungsfreiheit eingebüßt.

Die Besetzungszeit wurde von uns Dänen als ein Schrecken ohne Ende empfunden; die Rechtsabrechnung war ein Ende mit Schrecken. Die deutsche Minderheit in Nordschleswig mußte von vorne anfangen. In wenigen Jahren aber waren ihre Organisationen und Institutionen wieder aufgebaut. Mit dem Namen „Bund deutscher Nordschleswiger“ wurde eine neue Organisation errichtet, und zwar auf der Grundlage, daß die Grenze anerkannt und die Staatsverbindung mit Dänemark bejaht wurde.

*

Die Entwicklung nach 1945 setze ich als bekannt voraus und wende mich der anderen Minderheit zu, die aus dem Jahre 1920 hervorging: der dänischen südlich der Grenze.

Die Enttäuschung der Flensburger Dänen war nach dem 14. März 1920 grenzenlos. Viele hatten fest damit gerechnet, daß auch Flensburg zu Dänemark käme; die Verantwortung dafür, daß dieses nicht geschah, fanden sie bei ihren Landsleuten nördlich der Grenze. Rechnet man die Ergebnisse der Abstimmungen am 10. Februar für die erste und am 14. März für die zweite Zone zusammen, stehen 88 000 dänische Stimmen 77 000 deutschen gegenüber. Man hätte also Flensburg majorisieren können.

Viele Dänischgesonnene verließen 1920 Flensburg. Andere aber zogen es vor, zu bleiben; sie fanden sich mit den gegebenen Verhältnissen ab und begannen, sich als nationale Minderheit einzurichten. Bis 1920 hatten die Flensburger Dänen den südlichsten Streifen des nordschleswigschen Dänentums ausgemacht. Bildlich gesehen, wurde dieser Streifen abgeschnitten, und die Flensburger Dänen verloren die massive Unterstützung ihrer engeren Landsleute.

Aber die Verhältnisse wurden etwas leichter, als sie vor 1920 gewesen waren. Überhaupt erhielten die Minderheiten nach 1920 bessere Bedingungen. Ihr Lebensrecht wurde allgemein anerkannt, und sie konnten ihre eigenen kulturellen Institutionen aufbauen. Die Wählerzahlen der Abstimmung aber waren nicht zu halten. 25 % hatten 1920 dänisch gestimmt. Man kann wohl damit rechnen, daß in der Zwischenkriegszeit 10 % der Bevölkerung Flensburgs sich zur Minderheit bekannten.

Während der Nazizeit kamen die Dänen unter harten Druck. Die diskriminierende Behandlung aus der alten Preußenzeit fing wieder an. Z. B. wurde den Dänen

Kindergeld vorenthalten; aus Dänemark ist dann das Fehlende gekommen. Viele dachten, daß der dänische Bevölkerungsteil jetzt zugrunde gehen werde. Es gelang jedoch, auch während des Krieges, das bescheidene kulturelle Leben aufrechtzuerhalten.

*

Dann kam 1945 die große Wende. Plötzlich bildete die dänische Minderheit den Kern einer Bewegung, um wieder mit Dänemark verbunden zu werden. Diese Bewegung erfaßte den ganzen Landesteil Schleswig. Die bewegende politische Kraft lag jetzt südlich der Grenze. Die Zahlen bei den Wahlen schnellten in die Höhe, die Mitgliederzahlen der dänischen Vereine ebenso. Die politischen Bedingungen für eine Abstimmung wie 1920 waren aber nicht vorhanden, und die dänische Regierung hat keine entsprechenden Forderungen gestellt.

Als die Bundesrepublik sich konsolidierte, fielen die Stimmzahlen wieder. In den letzten 10 Jahren ist dann eine Stabilisierung eingetreten; sie scheint auf einer Ebene zu liegen, die vier- bis fünfmal so hoch liegt, als sie vor dem Zweiten Weltkrieg war. Das Verhältnis zwischen den beiden Minderheiten wurde umgekehrt; heutzutage gibt es also eine größere dänische Minderheit südlich der Grenze und eine kleinere deutsche nördlich davon. Bei den Wahlen liegen jetzt die dänischen Stimmzahlen zwischen 22 000 und 23 000 gegen 4 500 vor 1933. In Nordschleswig liegt die entsprechende Zahl bei etwa 6 500 gegen 15 000 vor dem Krieg.

Es wurde in den ersten Nachkriegsjahren der dänisch orientierten Bewegung nicht leicht gemacht, von ihren demokratischen Rechten Gebrauch zu machen. Zwar wurde die Kieler Erklärung 1949 angenommen; aber erst nach den deutschdänischen Verhandlungen des Jahres 1955 haben die Bonner und die Kopenhagener Erklärungen den Weg zu einer allmählichen Beruhigung und Harmonisierung bereitet.

Wenn man einen Augenblick von dem konkreten Inhalt dieser Erklärungen absieht, liegt ihre große Bedeutung darin, daß die beiden Staaten, die Bundesrepublik Deutschland und das Königreich Dänemark, ihre Minderheiten zwar unterstützen, aber nicht als Grundlage für eine Politik des einen gegen den anderen benutzen. Im Vergleich zu früher kann man sagen, daß die gegenseitige Unterstützung der Minderheiten ein Glied in der guten Verständigung zwischen den Staaten geworden ist.

Das heißt nicht, daß die Minderheiten in jeder Hinsicht zufrieden wären. Sie tragen mit Kraft und Zähigkeit ihre Forderungen und Wünsche vor; es ist nicht verwunderlich, daß die Minderheiten bei ihren eigenen Landsleuten ein größeres Verständnis finden als bei den politisch Entscheidenden in den beiden Herbergsstaaten. Die Wünsche und Forderungen der beiden Volksgruppen sind ein Zeichen ihrer Lebenskraft. Sie wissen, daß sie die ihnen gegebenen Rechte

nur durch aktive Bemühungen ausnutzen können. Nichts deutet darauf hin, daß die Lebenskraft der Volksteile in Kürze dahinsiechen wird.

*

Versuchen wir nach den sechzig Jahren eine Bestandsaufnahme, so darf man wohl sagen, daß Dänemark und seine dänische Mehrheit 1920 am meisten gewonnen haben. Wie anfangs ausgeführt wurde, hat Dänemark jetzt das Glück, ein Nationalstaat zu sein. Im geteilten Deutschland versteht man vielleicht noch besser als in Dänemark, was das bedeutet, wo es eine Selbstverständlichkeit geworden ist. Die Dänen Nordschleswigs erhielten 1920 einen Herzenswunsch erfüllt, und sie haben es nie bereut.

Für die deutsche Seite kann man sagen, daß der Verlust des Jahres 1920 verschmerzt ist. Nicht zuletzt der Zweite Weltkrieg hat dazu beigetragen — und mit 1945 verglichen, liegt das Jahr 1920 im Bewußtsein der jetzigen Generation sehr weit zurück.

Die beiden Minderheiten haben sich unter den gegebenen Verhältnissen eingerichtet. Betrachtet man aber ihre inneren Probleme, so kann man feststellen, daß beide der Frage ihrer Identität gegenüberstehen. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß sie immer wieder neu gestellt wird.

Der einzelne muß seine Identität in der Gemeinschaft finden, und der Volksteil muß sich seine gemeinsame Identität erarbeiten. Wenn man den Versuch wagt, den Unterschied der Volksgruppen nördlich und südlich der Grenze festzustellen, würde ich sagen: die deutsche Minderheit ringt, um ihre Identität zu erhalten, die dänische Minderheit ringt, um ihre Identität zu gewinnen. Man merkt es in den lebhaften Diskussionen, die in diesen Monaten geführt werden. Sowohl, um eine Identität zu erringen, als auch, um sie zu erhalten, ist eine geschichtliche Orientierung notwendig. Auch deshalb hat es seine Bedeutung, wenn wir uns im Jahre 1980 mit den Ereignissen des Jahres 1920 und deren Folgen befassen.

NUN IST DIE GRENZE ABGESTECKT WORDEN ...

Schließlich haben nun auch die beiden Nachbarn sich miteinander über die Grenzregelung auseinandergesetzt, die ein Glied des Friedensvertrages von Versailles ausmachte, und wenn Deutschland wie auch Dänemark befugt war, gegen gewisse Einzelheiten Einwände zu erheben, so wurde die Entscheidung doch auf Grund des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker getroffen, wie die Sozialdemokratie in Deutschland es einst verlangt hatte.

Nun ist die Grenze abgesteckt worden, soweit es möglich ist, Nationalitäten auf einem Gebiet, das seit mehreren Menschenaltern eine gemischte Bevölkerung hat, voneinander zu trennen. Den Teil von Schleswig, dessen Bismarck sich 1864 mit Unrecht bemächtigte, hat Dänemark zurückgewonnen; und es kann und soll nunmehr in betreff der Grenze Ruhe herrschen. Die Frage ist erledigt. Das Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark ist kein zweifelhaftes mehr. Unter dem gewichtigen Einfluß der Sozialdemokratie wurde die Basis der Politik der Zukunft gelegt. Ein gutes nachbarliches Verhältnis zu Deutschland ohne Grenzstreit, ein ehrliches Zusammenwirken auf allen Gebieten zur Förderung und Entwicklung der Interessen der beiden verwandten Völker — das muß das Programm der Zukunft sein!

THORVALD STAUNING

der große alte Mann der dänischen Sozialdemokratie, in einem Aufsatz in „Die neue Zeit“ mit dem Titel „Deutschlands Nachbar — das kleine Dänemark“ im Januar 1921.

Deutsch sein nördlich der Grenze

Ernst Siegfried Hansen, der unlängst verstorbene heimatverbundene Nordschleswiger, hat als Journalist vier Jahrzehnte hindurch das Geschehen in Nordschleswig und im ganzen skandinavischen Norden schreibend und kommentierend begleitet und in entscheidenden Jahren nach 1945 politisch mitgestaltet. Auch in den Grenzfriedensheften hat er im Laufe der Zeit wiederholt zu Fragen des Grenzlandes Stellung genommen. Wir glauben seiner am besten zu gedenken, wenn wir ihn nachstehend noch einmal selbst zu Worte kommen lassen mit Erinnerungen an seine Jugendzeit, die er vor einem Jahr in der von Werner Schmidt herausgegebenen Anthologie „Schleswig-Holsteiner unter sich — über sich“ im Wolfgang Weidlich Verlag Frankfurt/Main veröffentlicht hat.

Die Red.

Als das alte Herzogtum Schleswig 1920 geteilt wurde, erhielten deutsche Nordschleswiger einen dänischen Paß, aber wechselten nicht ihre Gesinnung. Anfang der zwanziger Jahre — ich war ein kleiner Junge — fiel mir in dem Keller unseres Hauses in Tondern ein Holzgitter auf. Meine Mutter sagte auf die Frage, was das sei: „Wir nahmen es mit aus Bredebro, als wir nach Tondern verzogen. Es stand einmal als Schranke zwischen den fremden Amtsvorstehern und den einheimischen Bewohnern. Dein Vater entfernte es, als er 1908 als einer von ihnen Amtsvorsteher wurde.“ Dann wandte sie sich wieder ihrer Arbeit zu.

In meinem Bewußtsein blieb die Schranke stets ein Symbol für die verfehlte preußische Politik in Nordschleswig nach 1864. In dem Zick-Zack-Kurs, von dem sie geprägt war, hatte sie nach der „Köller-Zeit“ von 1897 bis 1901 einen milderen Kurs eingeschlagen, als mein Vater sein Amt in Bredebro übernahm. Sicherlich ließe sich viel aus der Zeit erklären: Volkliches Denken war dem Staatsdenken Preußens fremd. Unverständlich erscheint es demgegenüber, daß man keine Lehre aus dem Scheitern der eiderdänischen Politik in der Periode 1852-64 zog, sondern die Fehler wiederholte und verstärkte.

Für einen heranwachsenden Knaben mußte es eine große und schwierige Frage sein, in die Geheimnisse der Vergangenheit und Gegenwart der 1920 zu Dänemark gekommenen nordschleswigschen Heimat einzudringen. Zunächst: Wie kam es, daß mein Vater, geboren 1861 auf dem Familienhof in Harritz, deutscher Gesinnung war, obgleich die Familie in einer fast rein dänischen Gegend in Westschleswig wurzelte? Dazu muß man wissen, daß die Nationalitätentrennung sich hier viel später vollzog als in den Städten und an der Ostküste.

Ganz klar geschah es wohl erst in der Generation meines Vaters. Er erinnerte sich daran, daß ein dänisches Versammlungshaus errichtet wurde. Die dänisch gesinnten Bauern und Landarbeiter gingen dorthin, die deutsch gesinnten trafen sich in der Gastwirtschaft. Zum ersten Mal sah man, wohin wer gehörte. Diese Trennungslinie — das muß man wissen — konnte mitten durch Familien hindurchführen. Das Bekenntnis zu einer der Nationalitäten war das einzige, was sie unterschied, nicht die Herkunft, nicht einmal die Sprache, denn das Plattdänische war ihre Alltagssprache.

Es ist möglich, aber nicht nachweisbar, daß unbewußt historische Zusammenhänge bei der nationalen Identitätsentscheidung eine Rolle spielten. Um meine Leser, die Nordschleswig nicht näher kennen, noch mehr zu verwirren, gehe ich auf das Jahr 1250 n. Chr. zurück. Als Sühneopfer für den Brudermord verschenkte König Abel in diesem Jahr einen Teil seines Bodenbesitzes an Kirchen und Klöster. Dazu gehörten zwei Höfe zwischen Tondern und Lügumkloster, in Harritz. Der eine war unser Familienhof, der dadurch dem Kloster Lügum unterstand und herzoglich war, mitten in einer königlichen Enklave.

War auf diese Weise über Generationen ein kultureller Einfluß gegeben, der bei der Nationalitätentrennung zu einer größeren Öffnung nach deutscher Seite hin führte? Das Rätsel ist damit nicht gelöst, denn wenn mein Vater deutsch wurde, so geschah es, obgleich der dänische Einfluß durch seine Mutter eigentlich hätte viel stärker sein müssen. Sie gehörte zu den jungen Mädchen, die von Jütland nach Nordschleswig kamen, auf den Höfen dienten und nordschleswigsche Bauern heirateten.

Da mein Vater kein Einzelfall eines jungen Bauern war, der sich in überwiegend dänischer Umgebung dem Deutschtum zuwandte und sein Leben lang daran festhielt, wird man sich zu der untraditionellen Erkenntnis durchringen müssen, daß die preußische Herrschaft von 1864 bis 1914 nicht nur aus schnauzbärtigen Gendarmen, kurzsichtigen Sprachverfügungen, Landesverweisung von Einheimischen, Inhaftierung dänischer Presseleute und einer Geräuschkulisse schwadronierender Alldeutscher bestand.

Darunter lag ein Boden altpreußischer Tugenden: Jedem das Seine, eine Sache um ihrer selbst willen tun, über allem steht das Kammergericht, Ordnung muß sein, um es mit einigen Stichworten anzudeuten. Ob man es zugeben will oder nicht, auf viele junge Nordschleswiger übte die preußische Militärdienstzeit eine prägende Wirkung aus, die ihnen ein positives Verhältnis zur preußischen Verwaltung gab. Nach der Reichsgründung durch Bismarck erlebten sie den wirtschaftlichen Aufschwung mit, der Nordschleswig keinesfalls links liegen ließ. Auf die Nordschleswiger, die so im Deutschtum verankert wurden, trifft der Begriff „deutsche Schleswiger“ am unmittelbarsten zu, denn ihre Entwicklung vollzog sich auf der Linie Nordschleswig — Preußen — Deutschland. Die historischen

Vorstellungen und persönlichen Empfindungen, die wir mit Schleswig- Holstein verbinden, waren an ihrer Bewußtseinsbildung kaum beteiligt. Ein Blick in die Topographie Schleswigs aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zeigt, daß es schließlich doch gelungen war, auf Kreis- und Gemeindeebene viele Ämter mit solchen deutschen Nordschleswigern zu besetzen. Sie wurden nach der Abtrennung Nordschleswigs organisatorisch und verwaltungsmäßig, oft auch in den Kommunalvertretungen, das Rückgrat der deutschen Volksgruppe.

In meiner Kindheit war jedoch auch die schleswig-holsteinische Überlieferung bei vielen deutschen Nordschleswigern noch eine tragende Kraft. Ich brauchte nur meine eigene Mutter zu befragen und in die vergilbten Papiere der Lehrerfamilie zu blicken, der sie entstammte. Das Schleswig-Holsteintum war in seinem Ursprung liberal, das zutiefst Tragische an den kriegerischen Auseinandersetzungen von 1848-51 mit Dänemark war der Zusammenprall gleichberechtigter nationalliberaler Kräfte über die Schleswig-Frage, auf die Bedrängnis der dänischen Periode 1852-64 folgte nach 1864 letztlich nicht die Befreiung, sondern die Annexion durch Preußen.

Es ist etwas Richtiges daran, daß die Betonung des liberalen Ursprungs in Kreisen, die schleswig-holsteinische Traditionen pflegten, verblaßt erschien. Jedoch muß man sicherlich hinzufügen, daß die Menschen, die in dieser Überlieferung wurzelten, über ein Vorstellungsbild eigener Art verfügten. Die schleswig-holsteinische Bewegung kam ja vom Volke, nicht vom Staat her. Empfindungsmäßig und intellektuell stellte sie im ehesten ein Gegenstück zu dem betont „volklichen“, von den Volkshochschulen geprägten Dänentum dar.

Hier wird versucht zu zeigen, in wie schwer faßbarer, aber auch wie faszinierender Weise äußere und innere Linien deutscher Volkszugehörigkeit über die 1920 gezogene deutsch-dänische Grenze nach Nordschleswig herüberreichten. Nicht weniger wechselhaft war die „Situation“ der deutschen Nordschleswiger. Es war ein Unterschied, ob sie vereinzelt an der Königsau lebten — eine „Minderheit“ im echten Sinne des Wortes — oder in dem grenznahen „bedrohten Viereck“, wie man es von dänischer Seite nennt.

Ich selbst wuchs von meinem dritten Lebensjahr in der Stadt Tondern auf, als die deutsche Bürgerschaft noch eine Mehrheit war, die Straßen deutsche wie dänische Namen trugen, die mittlere und ältere Generation noch in der Erinnerung an die „deutsche Zeit“ lebte und die Stadt selbst ihrer Anlage und ihrem Baustil nach eindeutig deutsch geprägt war. Hier wohnte Schmidt-Wodder, hier stieg mir in der Druckerei der „Neuen Tonderschen Zeitung“ von Jakob Bödewadt zum erstenmal der Duft der Druckerschwärze in die Nase, hier wurden die zentralen Funktionen der deutschen Volksgruppe wahrgenommen.

Aber man beachte das Wörtchen „noch“. Wirtschaftlich war die Stadt durch die Grenzziehung schwer betroffen, abgeschnitten vom südlichen Teil ihres

Wirtschaftsgebietes. Es war zudem Krisenzeit. Die Jugend, zumal die deutsche, hatte es schwer, eine Lebensgrundlage zu finden, viele wanderten ab nach Dänemark, nach Deutschland, in andere nordschleswigsche Kreise. Es war abzusehen, wann die deutsche Mehrheit verloren sein würde, und der Tag kam. In meiner Erinnerung liegt so etwas wie Wehmut über diesen Jahren in der „alten Seestadt Tondern“, an die noch ein letzter, abgetakelter Kran an der Schiffsbrücke erinnerte.

War Nordschleswig in einen Dornröschenschlaf gefallen? Im Gegenteil. Die Wirtschaftskrise, nicht zuletzt in der Landwirtschaft, führte zu an- und abschwellenden Bewegungen, zu heftigen Demonstrationen, dramatischen Zwischenfällen bei Zwangsauktionen. Selbst Tondern konnte in den zwanziger Jahren davon berührt werden. Die extreme Erscheinung war die „Selvstyre“-Bewegung des aus Eiderstedt stammenden Bauern Cornelius Petersen auf dem Haubarg Vesteranflod bei Tondern.

Ich erinnere mich, daß in den Straßen der Stadt eine schier unübersehbare Menschenmenge wogte. Bauern aus ganz Nordschleswig waren angereist, um Cornelius Petersen aus dem Gefängnis in Tondern abzuholen, wo er kurzfristig inhaftiert worden war. Sie trugen ihn auf Schultern über den Marktplatz. Es gelang führenden dänischen Persönlichkeiten — unter denen Amtmann Refslund-Thomsen an erster Stelle zu nennen ist — gerade noch, die Lage leidlich zu stabilisieren, bevor der Nationalsozialismus über die Grenze schlug.

In Tondern konnte man, bevor man nach Apenrade übersiedelte, um das Deutsche Gymnasium zu besuchen, in einer Sonderklasse, die noch den Namen der alten kaiserlichen Alexandrinschule trug, die mittlere Reife nach deutschem Examenssystem ablegen. Der Schulrat aus Schleswig-Holstein, der mich prüfte, fragte mich, mit welchem Krieg römischer Zeit ich den ersten Weltkrieg und den Versailles-Frieden vergleichen würde. Ich antwortete: Mit dem 1. Punischen Krieg (264-241 v. Chr.). Er dachte etwas nach und sagte: Sehr gut, aber der Vergleich mit dem 2. Punischen Krieg wäre doch wohl richtiger. Er behielt recht. Der zweite stand noch bevor.

Auch junge deutsche Nordschleswiger, die zur Zeit der Machtübernahme Hitlers Konfirmanden waren, wuchsen im Schatten von Versailles auf. Das Bewußtsein der Niederlage Deutschlands, seiner Not und Zerrissenheit, seines Anspruchs auf Rückkehr als starkes Land in die Völkerfamilie, war in uns, die jenseits der Grenze lebten, ebenso lebendig wie in Deutschland selbst. Als die Wende, wie sie von großen Teilen des deutschen Volkes empfunden wurde, 1933 eintrat, standen wir innerlich nicht „draußen vor der Tür“.

Ernst Siegfried Hansen †

Nach längerer schwerer Krankheit ist Redakteur Ernst Siegfried Hansen am 1 April im Alter von 62 Jahren in einem Kopenhagener Krankenhaus gestorben. Er wirkte während der letzten 25 Jahre in der dänischen Hauptstadt als Kopenhagen-Vertreter des „Nordschleswiger“ und dpa-Korrespondent für Dänemark, Norwegen und Island, aber die Fäden zu seiner nordschleswigschen Heimat sind auch in dieser Zeit nie abgerissen. Viel zu früh hat er die Feder aus der Hand legen müssen.

Er entstammte einem alten, an der nordschleswigschen Westküste ansässigen heimdeutschen Geschlecht. Sein Vater war in deutscher Zeit Amtsvorsteher in Bredebro. Dort ist er am 7. Dezember 1917 geboren. Nach dem Schulbesuch in Tondern machte er 1936 im Deutschen Gymnasium in Apenrade sein Abitur und verschaffte sich in Flensburg und in Berlin während eines zweijährigen Geschichtsstudiums das journalistische Rüstzeug. Von 1942 bis 1944 war er für einen deutschen Zeitungsverlag in Paris tätig und kam im Herbst 1944 nach Apenrade, um mit mir gemeinsam das Organ der deutschen Volksgruppe, an dem er schon lange mitgearbeitet hatte, zu redigieren, bis die Kapitulation unserer Arbeit ein Ende setzte.

Nach kurzer Internierung war es Ernst Siegfried Hansen — der im Kreis seiner Freunde stets „Ensi“ genannt wurde — vergönnt, an der Schaffung einer neuen Grundlage für die deutsche Arbeit mitzuwirken. Er war beteiligt an der Gründung des Bundes deutscher

Nordschleswiger, er war der erste Sekretär dieses Bundes und der erste Chefredakteur der neuen Zeitung „Der Nordschleswiger“. Als solcher hat er die Richtlinien für den neuen Kurs der Volksgruppe bestimmt, in enger Zusammenarbeit mit seinem Mitschüler aus der Zeit des Deutschen Gymnasiums, Jes Schmidt, der ihm im vorigen Jahr im Tod vorangegangen ist. In seiner Apenrader Zeit entstanden auch die beiden Bücher zur Nachkriegsgeschichte der deutschen Volksgruppe: „Kurier der Heimat“ und „Diesteln am Wege“. Der 25. Jahrestag der Bonn-Kopenhagener Erklärungen, die den Minderheiten freie Entfaltung gewähren, erinnerten gleichzeitig an die Verdienste Ernst Siegfried Hansens, der mit die geistigen Grundlagen für eine Entspannung im Grenzland gelegt hat.

Er war lange Jahre Vorsteher der deutschen Petri-Gemeinde in Kopenhagen und Vorsitzender des Vereins der ausländischen Presse. Durch den Danebrog-Orden und das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik hatten seine Verdienste von dänischer und von deutscher Seite die verdiente Anerkennung gefunden.

Er hatte einmal die Absicht geäußert, nach seiner Pensionierung in seine Heimat zurückzukehren. Das Schicksal hat es anders bestimmt. In Nordschleswig, in Schleswig-Holstein und in weiten Kreisen Dänemarks wird sein Name nicht vergessen werden.

Harboe Kardel

Geschichtsschreibung — längst überfällig!

Eine historisch-politische Gesprächsreihe auf dem Jugendhof Knivsberg

„Die Vergangenheit und wir — die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig 1933 bis 1945“, so lautete das Thema einer Veranstaltungsreihe, die im ersten Halbjahr 1980 vom Jugendhof Knivsberg in der Form von Gesprächsabenden und einem Wochenendseminar durchgeführt wurde. Jeder Abend stand unter einem besonderen Einzelthema. Die Reihe begann mit der Frage der Frontfreiwilligen, man beschäftigte sich mit den Zeitfreiwilligen, mit den Parteiwirren 1933 bis 1939, mit der NSDAP in Nordschleswig von 1939 bis 1945, mit der politischen Vertretung der Volksgruppen und dem Deutschen Kontor in Kopenhagen, der Rechtsabrechnung und dem Lager Faarhus. Auf dem Programm stand weiter die Frage nach der Rolle der Medien, der neue Anfang nach 1945 und die Frage „Was denken die anderen?“

„Was soll das Herumwühlen in alten Geschichten? Warum alte Wunden wieder aufreißen? Wem nützt eine solche Gesprächsreihe?

Diese und ähnliche Bemerkungen sind in der deutschen Volksgruppe sehr schnell von Skeptikern zu hören, wenn es sich um die Beschäftigung mit der Vergangenheit, insbesondere der nationalsozialistischen, handelt. Manche dieser skeptischen Fragen mögen ihre Berechtigung haben, aber führen sie weiter? — Ich meine: Nein!

Der Grund für diese Überzeugung sind unter anderem folgende Überlegungen:

1. Von dänischer Seite ist oft der Vorwurf erhoben worden, eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus hätte es bei den Deutschen in Nordschleswig nach dem Krieg nicht gegeben, geschweige denn eine Distanzierung. Ganz ohne Berechtigung ist dieser Vorwurf nicht, wenn auch der Grund für dieses Manko in erster Linie in der dänischen Politik und ihren Gesetzen mit rückwirkender Kraft sowie der fast pauschalen Bestrafung der Volksgruppenangehörigen zu suchen ist.
2. Die Geschichtsschreibung der Volksgruppe hat man bisher mit wenigen Ausnahmen dänischen Historikern überlassen. Wenn diese ihre Betrachtungen, Wertungen und Beurteilungen aus einem dänischen Gesichtswinkel heraus vornehmen, so ist dieses legitim und verständlich, immer von der Voraussetzung ausgehend, daß Geschichtsschreibung grundsätzlich nur bedingt objektiv sein kann und von vielen Bedingungen abhängt.
3. Geschichtsschreibung verläßt sich gern auf Dokumentierbares. Solches findet sich vornehmlich in den Nachlässen und Hinterlassenschaften der Regierenden und ihres näheren Umfeldes. Was darüber hinaus an Voraussetzungen, Beweggründen, Stimmungen und Erlebnissen der betroffenen Bevölkerung

erforscht wird, hält sich in der Regel in Grenzen. Gerade diese Faktoren erscheinen jedoch bei der Beurteilung der jüngeren Geschichte der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig wichtig und wenig berücksichtigt.

4. Eine sachliche Auseinandersetzung mit der Zeit von 1933 bis 1945 hat bisher vornehmlich im kleinen Kreis, kaum aber auf breiterer Basis stattgefunden. Die Beschäftigung mit dieser Zeit beschränkte sich häufig auf den Austausch von Kriegserinnerungen.

5. Der Wissensstand jugendlicher Angehöriger der Volksgruppe bezüglich der Zeit von 1933 bis 1945 ist eher bescheiden zu nennen. Das ihnen vermittelte Geschichtswissen beschäftigt sich vornehmlich mit dem Nationalsozialismus im allgemeinen und seinen fatalen Auswirkungen. Die spezielleren Verhältnisse hier in Nordschleswig sind erst in jüngerer Zeit auf dem Plan erschienen und beziehen sich vornehmlich auf Darstellungen dänischer Historiker aus dänischer Sicht.

*

Was wollten wir mit dieser historisch-politischen Gesprächsreihe? Wir wollten das Gespräch! Und zwar zwischen solchen, die die fragliche Zeit aus eigener Anschauung miterlebt haben und davon berichten können.

Die Zusammenkünfte ergaben, daß sich aus vielen Fragmenten ein gutes Gesamtbild zusammenstellen läßt, daß zum Teil nicht bekannte oder bisher nicht als wesentlich erachtete Fakten genannt werden, daß eine, wenn auch manchmal unterschiedliche, Würdigung der Ereignisse stattfindet.

Wir wollten das Gespräch auch zwischen den Generationen. Die nach dem Krieg Geborenen haben ein Anrecht darauf, zu erfahren, wie sich die damalige Zeit aus der Sicht ihrer Väter und Großväter darstellt (ein für andere Völker selbstverständlicher Vorgang, der bei uns leider häufig in Vergessenheit gerät; bei zwei verlorenen Weltkriegen vielleicht auch nicht weiter verwunderlich, denn wer möchte schon immer bei den Verlierern sein?)

Wie soll aber jemand, der von seinen Vorfahren nur weiß, daß sie in schlimme Dinge verwickelt waren, und das hauptsächlich, weil sie deutscher Gesinnung waren, mit Überzeugung seine deutsche Identität wahren?

Wohlbemerkt! Hier sollte keine Beschönigung von Schlechtem vorgenommen werden, wohl aber Verständnis und Einsicht geweckt und vor allem Sachwissen vermittelt werden. Nur so gelangen wir zu einer differenzierteren Betrachtung der Geschichte der deutschen Volksgruppe. Nur so ermöglichen wir unseren Jugendlichen, ihr Deutschsein als selbstverständlich zu betrachten und dieses auch ohne Minderwertigkeitsgefühl zu zeigen.

Es ist nicht von ungefähr, wenn erst kürzlich im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Kandidatur Peter Wilhelmsens zum Folketing auf dänischer Seite ein Mann wie Johann Phillipsen die Volksgruppe aufgefordert hat, nun doch endlich dafür zu sorgen, daß unsere jüngere Geschichte von einem der

unsrigen niedergeschrieben werde. Dies sei längst überfällig.

*

Eine sachliche Darstellung kann und wird auf das Verhältnis zu unseren dänischen Nachbarn nicht ohne Auswirkungen bleiben.

Die Gespräche auf dem Knivsberg werden festgehalten und als Dokumente für die Nachwelt erhalten bleiben. Nicht ausgeschlossen ist die spätere Publikation einer Dokumentation dieser Reihe, allerdings nur mit dem Einverständnis der Beteiligten.

Wenn ich bezüglich der historisch-politischen Gesprächsreihe häufiger von *wir* gesprochen habe, so sind damit die Mitarbeiter Immo Doege, Volker Lindemann und Rudolf Stehr gemeint sowie der Knivsbergkreis '79, in welchem die Abende vor- und nachbereitet wurden.

Der Verlauf der Veranstaltungsreihe kann außerordentlich positiv beurteilt werden. Zum einen war das Verhältnis von Angehörigen der älteren und der jüngeren Generation relativ ausgeglichen. Andererseits gab es viele Interessenten, die an fast allen Abenden teilnahmen. Positiv hervorzuheben ist auch die Teilnahme des Redakteurs Siegfried Jespersen von Danmarks Radio. Er verstand es, in sachkundiger Weise Standpunkte dänischer Geschichtsschreibung zu vertreten und zu interpretieren.

Zum großen Krach zwischen den Generationen, von manchen vielleicht erwartet, ist es während der Gesprächsreihe nicht gekommen. Im Gegenteil hörte man häufig als Echo: „Ich hätte nicht gedacht, daß wir so miteinander reden könnten!“

Abschließend bleibt festzustellen: Mit dieser Gesprächsreihe wurde ein bescheidener Anfang zur historisch-politischen Verständigung zwischen den Generationen gemacht. Das Gespräch muß und wird weitergehen. Gleichzeitig ist anzumerken, daß hinsichtlich der Vergangenheitsbewältigung auch auf dänischer Seite ein größerer Nachholbedarf besteht. Vielleicht kann es auf dieser Grundlage bei gegenseitigem Bemühen zu einer fruchtbaren Auseinandersetzung kommen und damit letztthin zu einem besseren Verständnis füreinander. Die Bereitschaft zum Gespräch scheint auch auf dänischer Seite zu wachsen, und es bleibt zu hoffen, daß diese Entwicklung anhält.

Noch einmal: „SLESVIGLAND“

Natürlich ist — wenn man den geistigen Rang der Zeitschrift in Betracht zieht — schon zu viel über „Slesvigland“ geschrieben worden. Aber es geht nicht um die Qualität dieser Publikation, es geht um ihre Absicht und um ihre Wirkung.

Was also will sie? und was bewirkt sie?

Zwei Fragen, die Antwort verlangen! —

„SLESVIGLAND“ will ganz zweifellos die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein stärken. Kein Wunder, daß sich beim Jahrestreffen der Dänen im Lande kein Redner bereiftand, sich eindeutig von „Slesvigland“ zu distanzieren. Dabei wäre gerade das hilfreich gewesen. Pastor Parmann aus Schleswig kann doch die geschichtlichen Darstellungen in „Slesvigland“ nicht ernsthaft als „Aufklärung über die Geschichte unserer Heimat“ bezeichnen. Aufklärung müßte doch wenigstens einen Hauch von Objektivität haben. Da sind Jakob Meyer und Ernst Vollertsen der Realität schon näher, wenn sie sich gegen einen „schleswigschen Menschen“ und gegen eine „schleswigsche Zielsetzung“ dieser Zeitschrift wehren. Sie betonen mit Recht, daß man hier deutsch oder dänisch sein kann, daß es aber einen „dritten Weg“, nämlich eine schleswigsche Identität, nicht gibt. Das ist auch meine Meinung.

*

Warum also predigt „Slesvigland“ ein Schleswigertum, das weder Deutsche noch Dänen wollen? Und wie paßt das zu der offensichtlichen Absicht der Zeitschrift, den Landesteil Schleswig dänisch erscheinen zu lassen? Das ist einfacher, als es zunächst aussieht. Schleswiger zu sein, heißt in diesem Sinne, nicht mehr eindeutig deutsch zu sein, heißt, die Verbundenheit mit dem deutschen Volk in Frage zu stellen, zu lockern und zu lösen. Und weil der Schritt zum Dänischsein noch zu weit ist, behauptet man zunächst ein Schleswigertum, das *zwischen* deutsch und dänisch steht.

Darum muß die Zeitschrift zweisprachig sein, als ob die dänische Sprache hier jemals die gleiche Rolle wie die deutsche gespielt hat. Darum wird auch die Geschichte unseres Landes dargestellt, als wäre es seit 1000 Jahren eigentlich ein dänisches Land. So wird nach der Lösung vom Deutschtum der „Schleswiger“ auf das Dänischsein programmiert; und wer's nicht besser weiß, soll das natürlich glauben.

Man lese nur in Heft Nr. 4: „Unsere vielen Sprachen“. Da wird Hochdeutsch als „Sprache unserer Beamten“ abgetan und behauptet, die junge Generation spreche „Schleswigsch“. — Was ist das für eine Sprache? — Da wird gesagt, man müsse hier Plattdeutsch, Friesisch, Hochdeutsch und Dänisch beherrschen, um „einem

Gespräch folgen zu können“. Was für ein Unsinn! Ich lebe schon 53 Jahre in diesem Land und spreche weder dänisch — was ich bedaure — noch friesisch. Mit hochdeutsch, wenn's amtlich ist, und plattdeutsch, wenn's vertraut und gemütlich wird, bin ich immer glänzend ausgekommen. Dänisch zu sprechen, habe ich mir nur gewünscht, wenn ich mich nördlich der Grenze aufhielt. Hier braucht man es nicht, es sei denn im Umgang mit Menschen, die von drüben kommen.

Was soll's also? Schleswiger sind Bewohner des Landesteils Schleswig, sind also Bürger des Landes Schleswig-Holstein, und als solche sind sie Deutsche; denn Schleswig-Holstein ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland. Das alte Herzogtum Schleswig, der nördliche Teil der späteren preußischen Provinz Schleswig-Holstein, wurde 1920 geteilt: Der überwiegend dänische Teil (Nordschleswig) kam zu Dänemark, der überwiegend deutsche Teil blieb bei Deutschland. Seitdem kann man nördlich der neuen Grenze deutsch sein, wenn man will; südlich dieser heutigen Grenze kann man dänisch sein, wenn man will. Die Minderheiten auf beiden Seiten haben ein Lebensrecht, das ihnen niemand bestreiten sollte. Auch das Recht, hier im Schleswiger Land dänisch zu sein, soll unbestritten sein. Das erkläre ich ausdrücklich, nachdem neuerdings schon gefragt worden ist, ob ich nicht eigentlich Nationalist sei. Aber diesem Lande seinem Charakter, seiner Bevölkerung oder seiner Geschichte nach einen dänischen Stempel aufzudrücken, ist einfach unredlich und falsch; und deshalb sollten auch *die* Bürger, die hier dänisch sein möchten, darauf verzichten.

*

Die Zeitschrift „Slesvigland“ bewirkt — damit beantworte ich die zweite anfangs gestellte Frage — eine neue Konfrontation, weil sie falsche Behauptungen aufstellt, falsche Eindrücke erweckt; weil sie Ziele verfolgt, die der friedlichen Nachbarschaft zwischen Deutschen und Dänen im Wege stehen.

Das können doch die Vertreter des dänischen Bevölkerungsteils in unserem Lande nicht wirklich wollen. Daß sie Forderungen haben, daß sie Ansprüche stellen, ist in Ordnung! Jeder von uns versteht das. Bei den Deutschen drüben ist das nicht anders. Aber Geschichtsklitterung ist das ungeeignetste Mittel! Deshalb: Im Interesse einer ungestörten Entfaltung dänischen Lebens in unserem Land sollten die verantwortlichen Dänen sich von „Slesvigland“ distanzieren und Traugott Möller sagen, er möge mit seinen Millionen Kronen den Dänen hier wirklich helfen und nicht sie tatsächlich behindern!

Auf der Suche nach einem Standort

Siegfried Lenz sprach mit den Polen Manès Sperber und Leszek Kolakowski, der Däne Vagn Steen schildert Individualisten und Kollektivgläubige im heutigen Dänemark.

SIEGFRIED LENZ

Gespräche mit Manès Sperber und Leszek Kolakowski

Herausgegeben und mit einem Vorwort von Alfred Mensak

Hoffmann und Campe. Hamburg 1980. 127 S.

In diesem Buch sind die beiden Gespräche festgehalten, die Siegfried Lenz mit dem Schriftsteller Sperber und dem Philosophen Kolakowski vor der Fernsehkamera führte. Der Regisseur des Gesprächs auf dem Bildschirm, Alfred Mensak, gibt in einer Vorbemerkung interessante Mitteilungen über technische und kompositorische Probleme, die sich bei der „Aufführung“ eines Gesprächs als einem geistigen Ereignis und einer Dokumentation stellen. Es dürfte Mensak gelungen sein, Nebenwege wie Höhepunkte eines Gespräches festgehalten zu haben, weil er den Mut hatte, dem reinen Bildcharakter einer Fernsehsendung zum Trotz Idee und Wort vorherrschend sein zu lassen. In Siegfried Lenz gewann er einen idealen Gesprächspartner, der die Kunst des rechten Fragens beherrscht, so daß die Antworten wie von selbst zu Bekenntnissen werden.

Manès Sperber (1905), polnischer Schriftsteller, emigrierte 1933 nach Frankreich. Bis 1937 war er Mitglied der kommunistischen Partei. Seine Abrechnung mit ihr beschrieb er in dem Roman „Wie eine Träne im Ozean“ (1961).

Woher kommt einem Menschen das Bewußtsein, revolutionär zu sein, so fragt Siegfried Lenz Sperber, und dieser antwortet mit einem Bild: ein Mensch will über eine Brücke gehen, die es noch nicht gibt: „Die Brücke wächst Stück für Stück unter seinen Füßen, wenn er den Mut aufbringt, den Fuß über den Abgrund zu setzen. Leider sind die meisten, die sich Revolutionäre nennen, nichts anderes als Parteileute, und die glauben natürlich, die Brücke ist da. Wenn man ihnen folgt, kommt man sicher ans andere Ufer. Ich bin ein Revolutionär, der sehr früh begonnen hat, sich vorzustellen, daß es vielleicht ein solches Ufer gar nicht gibt.“ Als Schriftsteller strebt Sperber nach der Wahrheit. Wenn er aus Parteidisziplin oder Staatsraison etwas Unwahres sagt, muß der Schriftsteller einen anderen Beruf wählen. Sperber unterscheidet zwischen der Idee des Kommunismus als solcher und ihrer Praktizierung in totalitären Staaten. Diese lehnt er ab und

schreibt den vernichtenden Satz: „Ein totalitäres System gründet sich darauf, daß es zwischen allen Mißtrauen sät.“ Es geht in diesem Gespräch um die Wandlung eines Intellektuellen vom Revolutionär zum Reformier.

Leszek Kolakowski (1927), ein polnischer Philosoph, emigrierte 1968 und lebt seit 1970 in England. In seinen Studien setzt er sich kritisch mit der marxistischen Anthropologie und Sozialphilosophie auseinander. Faszinierend ist der Teil des Gesprächs mit Siegfried Lenz, in dem es um die Frage geht, ob die Geschichte einen Sinn habe. Lenz fragt, wo Kolakowski die Möglichkeiten des Menschen, sich zu binden, sieht, wenn dieser Mensch nach seiner Meinung einer Welt ohne Sinn gegenübersteht und er dennoch nicht durch seine rationalen Einsichten befriedigt wird. Kolakowski antwortet: „Sich mit dieser Welt zu versöhnen.“ Dazu gehört nach ihm Glaube, der aber nicht künstlich erzeugt werden kann. Eine konfliktlose Gesellschaft durch Erziehung oder Zwang einzuführen, hält er für unmöglich.

VAGN STEEN

Da kunsten kom til Grenaa

Forfatterforlaget Attika. 1979. 135 S.

Der Titel erweckt Interesse — man erwartet etwas, von dem man sich keine rechte Vorstellung machen, jedoch etwas versprechen kann. Und man täuscht sich nicht. Vagn Steen ist ein kluger und bekenntnisoffener Beobachter seiner eigenen Persönlichkeit, seiner dänischen Landsleute und der geistigen Strömungen, die diese 1980 beschäftigen. Und er ist ein guter Erzähler.

Es beginnt mit einer psychologischen Studie. Der Autor sieht sich als Vierzehnjährigen, der sich um jeden Preis verwirklichen will und daher alles vorher von Menschen Gedachte verwirft. Schon auf diesen wenigen Seiten erweist sich Steen als ein Zeitgenosse, der um die unentwirrbare Verwicklung der realen und der geistigen Komponenten des Lebens weiß. Als Kontrapunkt muß die letzte Studie des Bandes, in dem die Sterbestunde einer jungen Frau und Mutter geschildert wird, gelesen werden. Dem knappen, aber literarisch meisterlichen Ausdruck entspricht eine reiche religiöse Gefühlswelt. Geht man fehl, wenn man hier eine persönliche *confessio* vermutet?

Diese beiden Prosastücke umrahmen fünf Situationsschilderungen dänischen ländlichen und kleinstädtischen Lebens von heute. Djursland ist der Schauplatz des Geschehens, sehr realistisch werden die Verhältnisse eines modernen Kollektivs junger Menschen und die Erweckungen einer pietistischen Sekte in diesem nordöstlichen Teil Jütlands geschildert. Einzelne Persönlichkeiten erhalten mehr Profil als andere. In einer Satire auf kleinstädtische Kommunal- und

Kulturpolitik lernt man die Honoratioren kennen und in Knokkel und Frands Pallesen die Prototypen der so verschiedenartigen Kollektive. Es sind kleine kammermusikalische Prachtstücke einer Erzählkunst, die in der reichen Tradition des dänischen poetischen Realismus wurzeln. Sie atmen die Geborgenheit der Masse im Kollektiv, so innerweltlich oder so religiös und damit so verschieden auch die Grundposition sein mag. Die wenigen einzelnen können sich entweder zu komischen oder tragischen Persönlichkeiten entwickeln.

Der Autor sieht dies alles aus der Distanz, aber mit der Liebe des Erfinders seiner Gestalten zu ihnen. Ob man in einem Lande, in dem man Grund hat, Kommunen gegenüber skeptisch zu sein, sich auch diese Liebe erlauben darf, ist freilich sehr fraglich. Es ist alles sehr dänisch und sehr nett, vielleicht aber etwas zu leicht genommen. Was bleibt, ist der Eindruck eines Autors, der in sich und um sich geschaut hat, der ein klein wenig zweifelnd, ein klein wenig gläubig sich und seine Zeitgenossen von 1980 sieht.

Lenz - Steen - Sperber - Kolakowski — ein weitgespannter Bogen. Sie lassen sich in vieler Beziehung unter gar keinen Umständen auf einen Nenner bringen, und dennoch eint sie eines: sie mühen sich um den Sinn des Lebens in dieser Zeit und sie sind zum Teil nicht weit voneinander entfernt, wenn sie zaghaft von Glauben sprechen, oder wenn sie, wie Sperber, meinen, daß der Mensch seine Existenz auf Erden zu verdienen hat, und daher geben wir Sperber das Schlußwort. Zu diesem Verdienen gehört nämlich, „daß das, was er tut, was er bietet, nicht nur für ihn und seine Existenz ausreicht, sondern daß es über ihn hinausgeht, daß immer wieder so etwas wie eine Strömung von ihm ausgeht.“

Wenn der Rezensent die Autoren recht gelesen hat, dann denken in diesen beiden Punkten die Polen, der Deutsche und der Däne sehr Verwandtes.

BEKENNTNIS ZUM EIGENEN LAND

Wenn die deutsche Gegenwartsliteratur heute als eine der interessanten, beachteten auf der ganzen Welt gilt, dann wohl aus diesem Grund — die Schriftsteller lassen sich ein auf ihre eigene Geschichte; und das heißt: Vergangenheit und Gegenwart. Es ist ihre beteiligte Nachdenklichkeit, die Krankheitssymptome wie Hoffnungsschimmer nachzeichnet, ihre Weigerung, sich dem Klischee, der nächstangebotenen Friedfertigungsblase anzubiedern.

Wenn doch die, die man so oft die „Mächtigen“ nennt, begriffen: Patriotismus dokumentiert sich nicht in Reden an der Berliner oder Spaziergängen auf der

Chinesischen Mauer, eine Beziehung zum eigenen Land, ja — heikles Wort — Bekenntnis zu ihm ist nur glaubwürdig, ist sie erwachsen aus Kritik, ohne die es auch Liebe nicht gibt. Liebe ohne Skepsis ist Kitsch. Patriotismus ohne Distanz ist (gefährliche) Ideologie. Daß aber in jüngster Zeit — bezeichnenderweise hier wie in der DDR — sich Schriftsteller in ungewöhnlicher Zahl und Intensität mit dem Thema „Vaterland“, gar „Heimat“ beschäftigen, ist kein Zufall. Begreift man Literatur als empfindliche Reaktion auf Gesellschaft und ihre Verschiebe, dann wird hier offenbar ein Verlust eingefangen.

Fritz J. Raddatz in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 7. März in seinem Bericht über den V. Kongreß des Schriftstellerverbandes in München.

Deutscher Grenzverein e. V. *Ein Blick in seine Geschichte*

Der Deutsche Grenzverein beging im Jahre 1979 sein 60jähriges Bestehen. Er ist die älteste Grenzvereinigung im Norden Deutschlands und wurde am 22.1.1919 in Sonderburg als „Wohlfahrts- und Schulverein für Nordschleswig“ gegründet. Dieser bezweckte nach seiner Satzung „die geistige, sittliche und berufliche Förderung der Bevölkerung Nordschleswigs unter besonderer Berücksichtigung deutscher Interessen, vornehmlich durch Unterhaltung geeigneter Bildungsstätten“. Die ursprüngliche Zielsetzung, beiderseits der Grenze kulturell zu wirken, entwickelte sich dahin, daß im Laufe der Zeit mehr und mehr eigenständige nordschleswigsche Einrichtungen gebildet wurden und die Tätigkeit des Vereins sich auf den Süden verlagerte. Der erste Vereinsvorsitzende war Landrat Schönberg in Sonderburg, sein Nachfolger von 1919 an Landrat Wallroth in Flensburg. Nach der Ernennung von Landrat Wallroth zum Regierungspräsidenten in Schleswig im Jahre 1932 wurde Hauptschriftleiter Ernst Schröder, Flensburg, Vorsitzender. In den dreißiger Jahren wurde die Tätigkeit des Vereins immer stärker eingeengt. Zuletzt verblieb ihm in eigener Zuständigkeit lediglich das Grenzbüchereiwesen. Nach der Kapitulation trat der gesamte Vorstand zurück. Unter schwierigen Voraussetzungen wurde von einem Arbeitsausschuß die Satzung des Vereins unter dem Namen „Verein für Erwachsenenbildung und Büchereiwesen“ neu aufgestellt und über die Landesregierung die Genehmigung der Militärregierung beantragt. Auf der Sitzung am 15. November 1947 wurde in Anwesenheit zahlreicher Vertreter der Landesregierung beschlossen, die Arbeit auf allen Gebieten wie Büchereiwesen, Volkshochschulen, Jugendarbeit, allg. Kulturarbeit usw. wieder aufzunehmen. Da der Name „Verein für Erwachsenenbildung und Büchereiwesen“ für die Öffentlichkeit ziemlich unverständlich war und auch der tatsächliche Arbeitsbereich des Vereins nicht Umrissen wurde, beschloß die außerordentliche Mitgliederversammlung am 9. Mai 1949 durch Satzungsänderung die Umwandlung in „Deutscher Grenzverein für Kulturarbeit im Landesteil Schleswig e.V.“.

Seit dem 3.9.1946 war Landrat Friedrich-Wilhelm Lübke Vorsitzender des Vereins. Nach seinem Tode, 16.10.1954, wurde Landrat Dr. Hartwig Schlegelberger am 22.10.1954 zum Vorsitzenden gewählt.

Der Zeitraum bis Ende der fünfziger Jahre war gekennzeichnet durch den Aus- und Aufbau von Institutionen und eine laufende Fortschreibung der Konzeption

des Vereins. In dieser Zeit wurde das Büchereiwesen weiterentwickelt, die außerschulische Jugendarbeit erhielt Schwerpunkte auf dem Scheersberg und in Leck, die Kulturarbeit in den Gemeinden wurde durch den Verband der Kulturringe und durch die Beratungsstelle verstärkt. Die außerschulische Erwachsenenbildung erhielt ihr Zentrum in der Akademie Sankelmark. So ist im Laufe der Jahre auf dieser Grundlage ein Verbundsystem von moderner außerschulischer Jugend- und Erwachsenenbildung mit dem Büchereiwesen aufgebaut worden. Das im Jahre 1978 gegründete „Institut für Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein e. V.“ und die im gleichen Jahre ins Leben gerufene „Europäische Akademie Schleswig-Holstein GmbH“ füllten eine sichtbar gewordene Lücke aus, so daß heute ein abgerundetes Angebot für die Bewohner der Grenzregion vorhanden ist (*aus dem Jahresbericht 1978*).

Dr. Armin Schütz Generalsekretär des Grenzvereins

Dr. Armin Schütz erklärte anlässlich seiner Einführung in das Amt als Generalsekretär des Deutschen Grenzvereins e. V. in Flensburg gegenüber Pressevertretern: Die Berufung in dieses Amt ist nicht nur ein großer Vertrauensbeweis, sondern auch eine große Verpflichtung für mich. Sie wird mir dadurch erleichtert, daß ich an die sehr erfolgreiche Arbeit von Helmut Zimmerschmied anknüpfen und auf einem soliden Fundament weiterarbeiten kann. Meine Aufgabe läßt sich in einem Satz wie folgt zusammenfassen:

„Das Bewährte weiterpflegen, auf neue Fragen zeitgemäße und sachgerechte Antworten finden.“

Der Aufgabenkreis ist vielschichtig:

1. geht es darum, nicht nur den Einwohnern des Landesteiles Schleswig, sondern allen interessierten Menschen die Möglichkeit zu eröffnen, sich mit den Grundfragen der Kultur, der Politik und des menschlichen Zusammenlebens in unserer Zeit auseinanderzusetzen. Wir wollen dabei die Möglichkeit bieten, geschichtliche Hintergründe und Entwicklungstendenzen kennenzulernen...
2. verfolgen wir das Ziel, die Bevölkerung diesseits und jenseits der deutsch-dänischen Grenze anzuregen, unsere Region als einen Raum eigener Prägung zu verstehen und bei der Gestaltung dieses Raumes durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit mitzuwirken...
3. gehört zu meinem Aufgabenkreis die deutsche Minderheit in Dänemark dabei zu unterstützen, ihre Aufgabe als nationale und kulturelle Minderheit in einer europäischen Gemeinschaft zu erfüllen...
4. haben wir mit der Gründung der „Europäischen Akademie Schleswig-Holstein“ in Leck die Verpflichtung übernommen, den Gedanken der europäischen

Zusammengehörigkeit auf allen Gebieten zu entwickeln und zu fördern, um so aktiv am Auf- und Ausbau des vereinigten Europas mitzuwirken.

Bei der Durchführung dieses umfangreichen Aufgabenkatalogs wird der Schwerpunkt meiner Tätigkeit bei den Bereichen: Koordination, Information, Dokumentation und Konzeption liegen.

*

Gerhard Schmidt als Hauptvorsitzender des BdN wiedergewählt

„Ich freue mich über das große Vertrauen, das mir entgegengebracht worden ist. Die Arbeit kann man auch nur dann tragen, wenn man hinter sich eine geschlossene Volksgruppe hat. Ich werde jedenfalls mein Bestes tun, um meine Arbeit auch weiterhin im Sinne der Volksgruppe zu leisten“, sagte der neue und alte Hauptvorsitzender des BdN, nachdem er 140 der abgegebenen 145 Stimmen erhalten hatte. Im übrigen trug ein Stimmzettel die Aufschrift „Wir wollen unsern alten Gerhard wiederhaben...“. Sein Stellvertreter wurde mit 110 Stimmen wiederum Leif Nielsen. Der Grenzfriedensbund gratuliert zur Wiederwahl.

*

Der Schleswig-Holstein-Tag 1980

Der Schleswig-Holstein-Tag 1980, der mit etwa 400 großen und kleinen Veranstaltungen zwischen Nord- und Ostsee begangen worden ist, wurde zu einem Riesenerfolg. Die ehrenamtlich Mitwirkenden wurden auf 25 000 bis 30 000, die Zuschauer auf rund 250 000 geschätzt. Der Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes (SHHB), Werner Schmidt, sagte dazu, diese Zahlen sind eine enorme Sache, der SHHB ist über diese Bilanz sehr glücklich. Er sprach von dem bislang größten Erfolg des Schleswig-Holstein-Tages. In einer Feierstunde im Kreisgymnasium in Halstenbek bei Hamburg wurde 14 Mitbürgern von Ministerpräsident Dr. Stoltenberg die Schleswig- Holstein-Medaille verliehen.

Geschäftsbericht der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig
für das Jahr 1979

Die nunmehr seit 32 Jahren durch die ADS im sozialen und sozialpädagogischen Feld dargestellte Arbeit ist dem Wandel der Zeit unterworfen gewesen und hat im Laufe der Jahre die Formen der Hilfeleistungen den variierenden Bedürfnissen

unserer Klientel entsprechend gewechselt. Unverändert ist indessen die politische und geistige Zielsetzung geblieben, die unserer Sozialarbeit seit Gründung der ADS zugrundeliegt; nämlich angesichts des beispielhaften dänischen sozialen Engagements einen notwendigen korrektiven Beitrag zur Daseinsvorsorge im deutsch-dänischen Grenzraum zu leisten und hierdurch in einer zweiströmigen Kulturlandschaft unser deutsches Element so deutlich zu artikulieren, daß dem Bürger dieser Region jederzeit ein von Sachzwängen freies und durch nebulöse Geschichtsklitterung unbeeinflußtes Bekenntnis zu Heimat und Staat möglich ist. Die Zeiten nationalpolitischer Auseinandersetzung, in denen humanitäre Hilfen Gefahr liefen, Mittel zum Zweck zu werden, sind – Gott sei Dank – überwunden. Rudimente, selbst, wenn sie sich wie „Slesvigland“ in zeitgemäßem Gewand präsentieren, ändern hieran nichts. Wir leben heute in partnerschaftlicher Nachbarschaft zu Dänemark und respektieren uns gegenseitig. In vielen Bereichen sind wir nicht nur auf Zusammenarbeit angewiesen, sondern profitieren auch menschlich davon. Die Kooperation im Verkehrswesen, auf dem Felde des Tourismus, bei der Planung von Deichen und Straßen, in Fragen des Umweltschutzes wie die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene führt Deutsche und Dänen zwangsläufig zu Gemeinsamkeiten, durch die Vorurteile und Ressentiments auf natürliche Weise abgebaut werden. Auch, wenn die tägliche Praxis uns hier und dort eines anderen zu belehren scheint, haben sich die Grundlagen des Konsenses im letzten Jahrzehnt doch derart stabilisiert, daß ihr Bestand nicht durch Einzelercheinungen ernsthaft gefährdet wird. Auf der anderen Seite lehren uns allerdings diese – gerade in letzter Zeit eher häufiger zu beobachtenden Konfliktsituationen, daß die Befriedung im Grenzland bisher nicht erreicht ist, ja möglicherweise immerwährender Anstrengung bedarf und Tag für Tag neuer Bereitschaft bedarf. Gerade unsere Grenzlandgeschichte hat uns vor Augen geführt, daß eine dauerhafte friedliche Zusammenarbeit der Völker nur mit Geduld, Toleranz und Kompromißbereitschaft in kleinen Schritten angegangen werden kann. Zwar ist unsere Grenze eine der friedvollsten auf der Welt überhaupt, aber dieser Zustand ist uns nicht geschenkt worden. Intensives Bemühen um kulturelles Gleichgewicht und gleichzeitig geübte Großzügigkeit gegenüber dem zahlenmäßig geringeren, aber besser gestellten dänischen Bevölkerungsteil, trug schließlich, wenn auch mühsam, seine Früchte. Und es wird – wie wir es in diesen Monaten erleben – auch künftig erforderlich sein, an der Entfaltung der besten Kräfte beider Völker im geistigen, kulturellen und gesellschaftspolitischen Bereich unentwegt und einander aufgeschlossen zu arbeiten. Das gilt selbstverständlich auch für das sozialpolitische Engagement, das einen der größten Aktivposten Dänemarks darstellt und zu dem auf deutscher Seite die sozialen und sozialpädagogischen Einrichtungen der ADS im Grenzland einen gewichtigen Beitrag mit dem Ziel leisten, daß die Menschen sich

näherkommen und die Planung der Zukunft sich in Frieden, Freiheit und in Freundschaft unter den Völkern vollziehen kann.

Die ADS hat im Berichtsjahr ihre Arbeit im sozialen und sozialpädagogischen Raum in vielfältiger Form und in einem weit gestreuten Spektrum unterschiedlichster Aktivitäten vor dem Hintergrund des kulturellen, durch die Satzung festgelegten Auftrages in unserem zweiströmigen Grenz- und Heimatland in ungeschmälertem Umfang fortgeführt. Orientiert hat sich unser soziales Engagement dabei an den aktuellen Bedürfnissen der Gesellschaft, die sich in der täglichen Begegnung mit dem hilfebedürftigen, in persönlicher oder materieller Not befindlichen Bürger unserer Region äußern. Demgemäß konzentrieren sich unsere Bemühungen, obwohl sich die Arbeit zu großen Teilen naturgemäß in institutionell festgelegten Häusern vollzieht, immer wieder auf den einzelnen Menschen und seine spezifischen sozialrelevanten Anliegen, die ausgelöst werden von den vom einzelnen unbeeinflussbaren großen gesellschaftspolitischen Kräften und deshalb ständiger Veränderung unterworfen sind. Neubesinnung auf den Gedanken der Erziehung, Aufwertung der Familien im öffentlichen Bewußtsein, Lebenserfüllung durch den koordinierenden Aspekt von Arbeit und Freizeit, Sensibilisierung der Mitbürger für Randgruppen unserer Gesellschaft sind beispielsweise solche heute erkennbaren Entwicklungslinien. Sie haben immer auch eine soziale Komponente und schlagen unmittelbar durch auf unser tägliches soziales Umfeld. Diese tendentielle Entwicklung rechtzeitig zu deuten und angemessen mit sachgerechten Maßnahmen auf sie zu reagieren, ist die Aufgabe zeitgemäßer Sozialarbeit und auch im Berichtszeitraum unser zentrales Anliegen gewesen. Sie fordert aufgeschlossene, flexible und kreative, aber auch erfahrene, einsatzbereite und belastungsfähige Mitarbeiter wie auch entschlußfreudige Kooperation zwischen allen Funktionsebenen der ADS, die durch den Vorstand, die Geschäftsführung und die Einrichtungen dargestellt werden. Es ist seit jeher unser Bestreben, diese notwendigen Voraussetzungen ergebnisreicher Arbeit sicherzustellen durch die Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen und durch die Vorhaltung von Arbeitsfeldern, die den einzelnen wie dem Team Spielraum lassen, ihre Fähigkeiten und Leistungen zu entfalten und auszubauen zum Nutzen und Frommen der gemeinsamen Sache; nämlich Not zu lindern, Hilfen zu geben, Rat anzubieten, Verständnis zu zeigen, Mitmenschlichkeit zu üben und für den anderen dazusein, kurzum Bürgernähe zu halten.

Wenn wir in diesem Sinne erneut über ein erfolgreiches Jahr berichten können, dann ist es das Verdienst aller haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter, die sich an ihrem Platz und nach ihren besten Kräften in den Dienst am Menschen stellten. Die Arbeit vollzog sich im Berichtszeitraum in 16 Kindergärten, 4 Gemeindeschwesternstationen, drei Schullandheimen, 2 Erholungsheimen, einer

Familienbildungsstätte, einem Beratungszentrum, 2 Jugendfreizeitstätten und einer Altenbegegnungsstätte. Außerdem waren wir in der Hauspflege und in der Entsendearbeit sowie in einer Reihe überregionaler Aufgabenbereiche tätig, insbesondere in der Schullandheimverbandsarbeit auf Landes- und Bundesebene, in der Pro Familia, in der Behindertenarbeit, in der Fort- und Weiterbildung auf Landes- und Bundesebene sowie in der Landes- und Bundesverbandsarbeit unserer Dachorganisation, des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes wie auch in kommunalen und Fachgremien unserer Region. Etwa 230 haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter standen in unseren Diensten, nicht gerechnet die 170 im Arbeitskreis für Hauspflege e.V. beschäftigten Pflegekräfte, den wir wieder gemeinsam mit den übrigen Verbänden der freien Wohlfahrtspflege betrieben haben. Über 9 Mio DM waren erforderlich, die Arbeit zu leisten, davon wurden über 50% aus Eigenmitteln finanziert. Das Land Schleswig-Holstein, die Gemeinden und Kreise, in denen Einrichtungen betrieben werden, sowie unsere Dachverbände und die Bundesanstalt für Arbeit stellten die übrigen Finanzmittel bereit. Wir erreichten mit unseren sozialen und sozialpädagogischen Aktivitäten im abgelaufenen Jahre etwa 30 000 Menschen.

*

Der Jugendhof Knivsberg

Erwartungen fürs nächste Jahrzehnt

„Als Jubiläum kann man es ja nicht gerade bezeichnen, aber immerhin: Das Alter dieser Einrichtung muß nun mit zwei Ziffern angegeben werden und trägt zum ersten Mal eine Null am Ende. Grund genug, sich einige Gedanken zu machen“, schreibt Jugendhofleiter Nis-Edwin List Petersen zum zehnjährigen Bestehen des Jugendhofs.

Bei der Durchsicht alter Akten fiel mir auf, daß der Bau des Jugendhofs zunächst ziemlich umstritten gewesen sein muß. Ob das die in Nordschleswig häufig anzutreffende Skepsis allem Neuen gegenüber war? Ich kann es nur vermuten. Andererseits gab es eine ganze Reihe ernstzunehmender Skeptiker, denen der Knivsberg zu sehr an der Peripherie Nordschleswig lag, die Zweifel hegten, daß die Angebote überhaupt angenommen würden und überhaupt das viele Geld könnte man anders verwenden, Tingleff läge doch viel zentraler. Solche oder ähnliches muß einst durch's Land geklungen sein.

Besonders viele Gedanken zu inhaltlichen und konzeptionellen Fragen hat sich damals Manfred Ritter, heute Schulleiter der Fördeschule, Gravenstein, gemacht. Er schrieb 1966 (Januar) in der „BRÜCKE“ vom Jugendhof als Zentrum der Jugendarbeit und stellte im Untertitel die Frage, ob es nicht sogar ein

nordschleswigisches Sankelmark werden könne? Es wurde ein imaginärer Monatsveranstaltungsplan aufgestellt, und viele Überlegungen kreisten um die Frage, welche Funktion dieser Jugendhof nun eigentlich haben sollte.

Eins scheint von vornherein klar gewesen zu sein: Der Jugendhof sollte eine Begegnungsstätte für Jugendliche, aber auch für Erwachsene sein. Manfred Ritter hat später (1969) in einem Artikel in der Monatszeitschrift „Schleswig-Holstein“ darauf hingewiesen, daß eine zentrale Aufgabe wohl die Arbeit mit Schulentlassenen sei und diese insbesondere im musisch-kulturellen Bereich. Impulse müßten von der Arbeit ausgehen, nationale Toleranz gelebt und Begegnung der Minderheiten ermöglicht werden.

Was ist von alledem geblieben?

Es wäre sicherlich vermessen zu sagen, daß alles prima und hervorragend gelaufen sei. Zunächst setzte die zur Verfügung stehende Bausumme enge Grenzen für das Mögliche. In der Folge mußte auf Dinge verzichtet werden, auf die man besser nicht hätte verzichten sollen. Dann waren die Vorstellungen wohl doch nicht so übereinstimmend, was die Konzeption betraf, und schließlich hatte man auch keine Vorerfahrungen im Betreiben einer solchen Institution, geschweige denn Vergleichsmöglichkeiten. Im Volksmund bezeichnet man so etwas wohl als „Sprung ins kalte Wasser“.

Vieles ist gut gegangen: der Springer blieb nicht mit dem Kopf im Schlamm stecken, aber ohne Kratzer ging es auch nicht ab. Daß die Einrichtung in zehn Jahren drei verschiedene Leiter sah, einen davon nur anderthalb Jahre, ist sicher kein Vorteil gewesen. Eine Kontinuität läßt sich so nur schwer herstellen und diese ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Arbeit des Jugendhofes. Andererseits haben die Erfahrungen gezeigt, daß die Zielrichtung „Bildungsstätte“ richtig war. An der Notwendigkeit und am Sinn des Jugendhofes Knivsberg zweifelt heute wohl kein ernstzunehmender Kritiker mehr. Anerkannt ist mittlerweile auch allgemein, daß der Jugendhof zwar eine Einrichtung für Jugendliche, aber auch Begegnungsstätte für Angehörige aller anderen Altersgruppen sein soll. Nicht zu unterschätzen ist der Wert für die Arbeit der Schulen. Daß viele Gäste aus der Bundesrepublik bewirtet und informiert werden, bleibt sicher auch nicht ohne Auswirkungen für das Ansehen und den Bekanntheitsgrad der Volksgruppe jenseits der Grenze.

Hauptanliegen ist und bleibt jedoch die Arbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen, die ihre Schulausbildung hinter sich haben und für die es, außer im sportlichen Bereich, in der Arbeit der Minderheit kaum Anknüpfungspunkte gibt. Wenn es hier gelingt deutlich zu machen, worin der Wert und Reichtum der Zugehörigkeit zur Volksgruppe bestehen kann, wenn die Lücke zwischen Schülerdasein und Engagement in den vorhandenen Erwachsenengruppierungen geschlossen oder zumindest überbrückt werden kann, ist für mich eines der wichtigsten Ziele

erreicht.

Ich denke, wir sind auf dem Weg. Ein neues Jahrzehnt wartet.

*

Der „Dörnbergbund“ tagte *Besuch im Grenzland Schleswig*

Ein Wort zu dem „Dörnbergbund“ und dem „Überbündischen Kreis“: Geboren aus dem Aufbruch des Wandervogels um die Jahrhundertwende, entstand 1920 der „Bund der Adler und Falken“ als Teil der „Bündischen Jugend“, in dem das Leben unter Wahrung und Pflege mitmenschlicher Tugenden in volklicher Verantwortung gestaltet wurde. 1928 führte eine Gruppe des Bundes eine Spielfahrt nach Nordschleswig durch und 1929 sprach Pastor Schmidt-Wodder auf dem Bundestag in Hohnstein in der Sächsischen Schweiz.

Nach dem Zusammenbruch von 1945 schloß sich ein Freundeskreis aus dem alten Bund in dem „Dörnbergbund“ zusammen, und in den sechziger Jahren bildete sich der „Überbündische Kreis“ aus dem Zusammenschluß mehrerer sich nahestehender Bünde. Dieser Freundeskreis hat sich stets in besonderem Maße der Menschen in den Grenzgebieten angenommen, und so war es auch mehr als selbstverständlich, daß wir uns erneut der schleswigschen Frage zuwandten. Einige Kenntnisse waren bei den 35 Teilnehmern dieses Seminars vorhanden. Es kam uns jetzt aber darauf an, die heutige Situation zu erkennen und uns bewußt zu machen. Die Thematik war so angelegt, daß wir uns in den fünf Vorträgen und den darauffolgenden Aussprachen ein gutes Bild der gegenwärtigen Lage und der anstehenden Probleme machen konnten.

Am Freitagabend gab Herr Dr. Rolf Kuschert, Leiter der Stiftung für Kultur und Erwachsenenbildung, Husum, ein lebendiges und überschaubares Bild der Geschichte Schleswig-Holsteins. Er erläuterte die besondere Stellung des Landesteils Schleswig und den Vertrag von Ripen von 1460 mit dem Bekenntnis „Up ewig ungedeelt“, und führte die Hörer in die jüngste Gegenwart, in der die harten Auseinandersetzungen und die Spannungen einer ausgewogeneren Haltung gewichen sind und mit den Vereinbarungen von 1955 ein gewisser Abschluß gefunden worden ist.

Am Sonnabend morgen sprach Herr Rudolf Stehr über die deutsche Minderheit jenseits der Grenze. Der Zusammenbruch von 1945 hat seine Spuren hinterlassen und die Volksgruppe arbeitet unverändert daran, ihr Selbstverständnis, ihre Identität zu gewinnen. Die offene und loyale Haltung gegenüber dem dänischen Staat verdient besonders lobend hervorgehoben zu werden. Der Lebenswille und

die Bereitschaft zur Vertiefung und Erweiterung der kulturellen Basis sind unverkennbar.

Am Sonnabend nachmittag gab Herr Dr. Hans Peter Johannsen ein Bild der deutschen kulturellen Arbeit südlich der Grenze. Es wurden die drei Einrichtungen „Grenzfriedensbund“, „Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig“ und „Der Deutsche Grenzverein“ in ihrer Entstehung und Zielsetzung dargestellt. Das große kulturelle Angebot dieser Vereine, die als Träger- und Förderorganisationen wirken, hat uns stark beeindruckt, mehr aber wohl noch die gute Zusammenarbeit, wohl einmalig innerhalb der bundesdeutschen Grenzen. Herrn Johannsens warmherzige und von persönlichen Erlebnissen begleiteten Ausführungen, weckten bei Zuhörern Verständnis für die Nöte und Sorgen der Menschen In dem Grenzgebiet.

Am Sonnabend abend entwickelte Herr Dr. Werner Schmidt, Staatssekretär a. D., Kiel, ein lebendiges und anschauliches Bild von der Arbeit und Zielsetzung des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes. Er ist zum Unterschied von den drei vorher genannten Einrichtungen eine Mitgliedervereinigung, die über das ganze Land Schleswig-Holstein hinweg Aufklärungs- und Breitenarbeit betreibt. Von dem Echo der Arbeit zeugen die hohen Mitgliederzahlen (1975 waren es 25 000, 1980 50 000 Mitglieder), und die in jedem Jahr durchgeführten Schleswig- Holstein-Tage, die mit Tanz- und Trachtengruppen, mit Puppenspiel und Theaterstücken altes Volksgut lebendig werden lassen. Die neue Welle der Besinnung auf die Heimat soll keine Fluchtbewegung vor den Problemen der Welt werden, sondern dem Menschen einen Wert ins Bewußtsein zurückgeben, der für alle Zukunft tragender Pfeiler mitmenschlichen Lebens sein sollte.

Herr Schulrat P. J. Sönnichsen aus Apenrade sprach am Sonntag morgen zu dem Thema „Probleme der Identität unserer Jugend im deutsch-dänischen Grenzraum – wohin geht der Weg?“

Er führte aus, daß es gelte, für die deutsche Schule und den deutschen Sprachverein den geistigen Standort zwischen gestern und morgen zu finden. Der Ausspruch der dänischen Minderheit in Südschleswig „Däne ist, wer Däne sein will“ läßt sich durchaus für Nordschleswig umkehren, „Deutscher ist, wer Deutscher sein will“. Die Zeit der zwanziger und dreißiger Jahre, in der die deutsche Herkunft selbstverständlich die Schule und die zu wählende Partei bestimmte, ist zu Ende. Doch war es die Auffassung des Redners, daß die Gesamtlage bei allem Wissen um die Schwierigkeiten im ganzen als positiv angesehen werden kann. Allerdings bedarf es des ständigen Einsatzes.

Die deutsch-dänische Grenzfrage ist sicher klein im Vergleich zu den großen Weltproblemen. Die Ordnung dieser Frage kann aber beispielhaft für das Zusammenleben zweier Völker sein und gewinnt damit eine große Bedeutung. Herrn Dr. Makus gebührt besonderer Dank für seine verantwortliche Mitwirkung

während des ganzen Seminars.

Hans Einfeldt

*

Peter Callesen †

Mit dem Bibliotheksdirektor a. D. Peter Callesen, der am 13. Juni im Apenrader Krankenhaus einer Herzkrankheit erlag, hat die deutsche Volksgruppe einen ihrer ältesten und treuesten Mitarbeiter verloren. Er war ein „Mann der ersten Stude“. Schon im Abstimmungsjahr 1920 stellte er sich dem damaligen ersten Mann der deutschen Nordschleswiger, Pastor Schmidt-Wodder, zur Verfügung, dessen Linie er unentwegt über alle Schicksalsschläge hinweg folgte.

Er gehörte zu den jungen Wanderlehrern, die den Grund legten zu den späteren deutschen Schulen und zugleich die Gründung von Jugendbünden betrieben. In Tondern und Niebüll als Lehrer ausgebildet, unterrichtete er zunächst an der dänischen Kommunalschule in Flensburg und wurde dann Schulleiter an deutschen Privatschulen in Broacker, Lügumkloster und Gravenstein, bis ihm 1936 die Leitung des deutschen Büchereiwesens in Nordschleswig übertragen wurde. Hier fiel die Errichtung des neuen Büchereigebäude und die Einrichtung von Fahrbüchereien in seine Zeit.

Sein besonderes Interesse galt der Heimatkunde. Auf diesem Gebiet war er, der Land und Leute in Nordschleswig kannte wie nur wenige, der unermüdliche Anreger. Seit der Gründung der „Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft Nordschleswig“ im Jahre 1959 gehörte er dessen Vorstand an.

Viele Jahre hindurch gab er den „Deutschen Volkskalender für Nordschleswig“ heraus und bestimmte dessen heimatlich geprägte Linie. Er war einer der besten Kenner nordschleswigscher Familien. Deshalb übertrug man ihm auch die Sorge für die „Streudeutschen“ in Nordschleswig, die im Norden verstreut und einsam wohnenden deutschen Familien. In den Jahren nach 1933, in denen die Volksgruppe zerstritten war, war er ein Mann des Ausgleichs, für den die Fortführung der deutschen Arbeit an erster Stelle stand.

Schon im Pensionsalter stehend, übernahm er den Vorsitz der „Nordschleswigschen Gemeinde, der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche“, die sieben deutsche Gemeinden auf dem Lande betreut.

Seine fünf Kinder haben, obgleich im Norden und im Süden lebend, die Verbindung mit der Heimat des Vaters bewahrt, sein Sohn Dr. Gerd Callesen durch seine Forschungen zu der Geschichte der Sozialdemokratie im Grenzland. Peter Callesen gehört zu den Männern, die in der Geschichte der Volksgruppe ihren Platz behalten werden. Er hat sechzig Jahre hindurch das Gesicht Nordschleswigs mitgeprägt. Seine Landsleute und alle, die ihn kannten, gedenken

seiner in Dankbarkeit.

Harboe Kardel

Ernst Beier erhielt die Schleswig-Holstein-Medaille

Vor wenigen Jahren erst wurde diese Auszeichnung für Verdienste um unsere Heimat gestiftet; unser Ehrenvorsitzender Dr. Hans-Peter Johannsen gehörte zu den ersten, die sie erhielten. Und nun hat Herr Ministerpräsident Dr. Stoltenberg mit der gleichen Ehrung die Verdienste gewürdigt, die sich Ernst Beier um unser Land erworben hat. Wir Mitglieder des Grenzfriedensbundes freuen uns darüber. Wir gratulieren herzlich und sind auch ein wenig stolz darauf, daß nun schon zum zweiten Mal einer von uns eine solche Anerkennung erfahren hat. Ernst Beier ist noch einer der Gründer unserer Organisation. Und er *ist seitdem Zweiter Vorsitzender des Grenzfriedensbundes*. Vor allem aber hat er sich durch Jahrzehnte als verantwortlicher Redakteur unserer Grenzfriedenshefte verdient gemacht. Diese Hefte sind bisher ohne ihn gar nicht denkbar. Typisch ist daher, daß er über Redaktionsarbeiten gebeugt saß, als der Vorsitzende und der Geschäftsführer ihn besuchten, um ihm zu der Auszeichnung Glück zu wünschen. Dabei ist Ernst Beier 78 Jahre alt; und vom Glück verfolgt war er gerade nicht in seinem Leben. Wenn man ihn kennzeichnen soll, fällt zuerst und vor allem seine persönliche Bescheidenheit auf. Daß er dennoch immer Zeit und Kraft gefunden hat für jahrzehntelange außerberufliche Arbeit, zeigt, wie sehr er sich der Gemeinschaft, in der er lebt, verpflichtet fühlt. Er ist ein demokratischer Bürger, und als solcher ein Beispiel für viele. Wir freuen uns mit ihm. Der Grenzfriedensbund hat ihm viel zu danken.

Artur Thomsen